

2012.4

KOMPASS

//kompass.im

Demokratie und Freiheit, Bürgerrechte und informationelle Selbstbestimmung,
Transparenz in Politik und Staat, existenzielle Sicherheit und gesellschaftliche Teilhabe,
freier Zugang zu Information und Bildung, ein bürgerfreundliches Urheber- und Patentrecht,

sowie weitere

Themen, die Piraten bewegen

Stefans Korrekturen auf die 2. Layout-Version inkl.
Korrs von Radbert --
mit Ergänzungstext auf Seite 19



Head "statt"
schwer lesbar.
Weiße
Konturlinien
oder ähnlich?

Gemeinsam leben

INKLUSION STATT AUSGRENZUNG

SEITE 3

Neue Schule

**BILDUNGSPOLITIK ALS
GERECHTIGKEITSPOLITIK**

SEITE 8

Programmparteitag

**PIRATEN HABEN VIELE
THEMEN**

SEITE 14

Ausland

**ARABISCHER WINTER
IN SYRIEN**

SEITE 14

Aus dem Inhalt

Überraschung im Briefkasten

Post vom Anwalt, gegen die man sich nicht wehren kann. Jedenfalls nicht ohne teure Hilfe. Ein viel zu gutes Geschäft.

Seite 7

Verwerter gegen Verbraucher

Die Fronten sind klar: Angebliche „Piraten“ stehen im Fokus der Rechteinhaber. Nie zufrieden, fordern sie härtere Strafen, automatisierte Verfolgung und nutzen rücksichtslos Kapital- und Anwaltsmacht.

Seite 10

Strahlendes Problem

Atommüll muß entsorgt werden. Über das Wie gibt es seit Jahrzehnten heftigen Streit. Problematisch erscheinen zur Zeit Konzepte der Aufarbeitung. Forschung, Entwicklung stehen erst am Anfang.

Seite 12

Programm ohne Ende

Auf dem Bundesparteitag 2012.2 der Piraten geht es um Themen für die Bundestagswahl. Nach monatelanger Arbeit in Kleingruppen treffen sich 2000 aktive Piraten, um gemeinsam das Programm zu bestimmen. Der KOMPASS bringt auf 6 Seiten den Überblick, was Piraten thematisch bewegt.

Seite 14

Buch- und Medientipps

Kill Decision und zwei weitere Technothriller von Daniel Suarez sind der Lesetipp zum Jahreswechsel.

Seite 20

Der Virus im Kopf

Der letzte Teil unserer Fortsetzungsgeschichte aus einer Welt ohne Zukunft. Mit kostenlosem ebook-Downloadlink.

Seite 26

Editorial

Ahoi, liebe Lesende!

Als wären die ACTA-Großdemos Anfang 2012 nie gewesen: scheinbar völlig unbeeindruckt plant unsere Bundesregierung etwas drastisch schlimmeres als ACTA. Jetzt für den Staat mit dann temporäre Kunden registriert

Schlimmes

Der Staat hat bald aller Art, dank Pass und Cloud-Accounts. Es eine elektronische Schnittstelle per Gesetz, über die ein direkter und unkomplizierter Zugriff auf alle Daten ermöglicht wird. Zuerst nur für Geheimdienste. Natürlich ist es lediglich eine Frage der Zeit, bis auch andere Behörden einen Anschluß gelegt bekommen.

Wenn dieser Entwurf so verabschiedet wird, wird die private Kommunikation im Internet wesentlich stärker überwacht, als dies ohnehin bereits geschieht. Datenmißbrauch und Datenhehlerei wird so Tür und Tor geöffnet.



Der Kompass braucht dich!

Wir suchen Menschen mit Spaß am Schreiben und an Piratenthemen

Mach mit! Alle drei Monate möchten wir eine Ausgabe herausbringen. Dazu brauchen wir dich: als Autor, für die Grafik oder als Finanz-Genie!

So lernen wir uns kennen:

jeden Mittwoch 19:45 Uhr Telekonferenz
(Software: <http://wiki.piratenpartei.de/Mumble#NRW>
NRW-Mumble-Server im Raum: Piratenzeitung)
Redaktionswiki: <http://wiki.piratenzeitung.de/?title=Kompass>

KOMPASS

wird herausgegeben vom Denk Selbst e.V. und erscheint vierteljährlich. Die Zeitung gibt stets lediglich die Meinung der Autoren eines Artikels wieder. Diese Piratenzeitung ist keine Piratenpartei-Zeitung!

<http://kompass.im/>
kompass@piratenzeitung.de
Twitter: @Piratenzeitung

Mitwirkende

Joshua Brück (Verwaltung)
Irmgard Gravemann (Lektorat)
Radbert Grimmig (Lektorat)
Stefan Müller (Redaktion, Koordination, V.i.S.d.P.)
Ulrichs (Redaktion)
Michael Balke (Vertrieb)

Autoren

Radbert Grimmig
Thomas Küppers
Stefan Müller
Monika Pieper
Tobias Raff
Meinhart Ramaswamy
Patrick Schiffer
Manfred Schramm
Ulrichs
John Martin Ungar

Dank an AG Inklusion, AG Drogenpolitik, BPT-Organ, Flaschenpost, Krähen-nest-Podcast, AG ÖA NRW, Uwe Stein, Fotios Amanatides, #20piraten & DaveKay, LV NRW, Thomas Latzke

Zeichnungen Doris Ogbonnaya

Layout AG Werbemittel Hamburg

Postanschrift der Redaktion

Landesgeschäftsstelle der
Piratenpartei Brandenburg
Am Bürohochhaus 2-4
14478 Potsdam

Postanschrift des Vereins

Landesgeschäftsstelle der
Piratenpartei Brandenburg
Am Bürohochhaus 2-4
14478 Potsdam

Titelbild CC-BY-ND urbanaux / Flickr



Kopieren erlaubt!

Alle Inhalte, Texte, Bilder und Illustrationen etc. stehen unter **Creative Commons BY-NC-ND** (soweit nicht anders gekennzeichnet)

Den exakten Lizenztext lesen Sie bitte vor Ihrer Nutzung im Web auf <http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/2.0/de/>

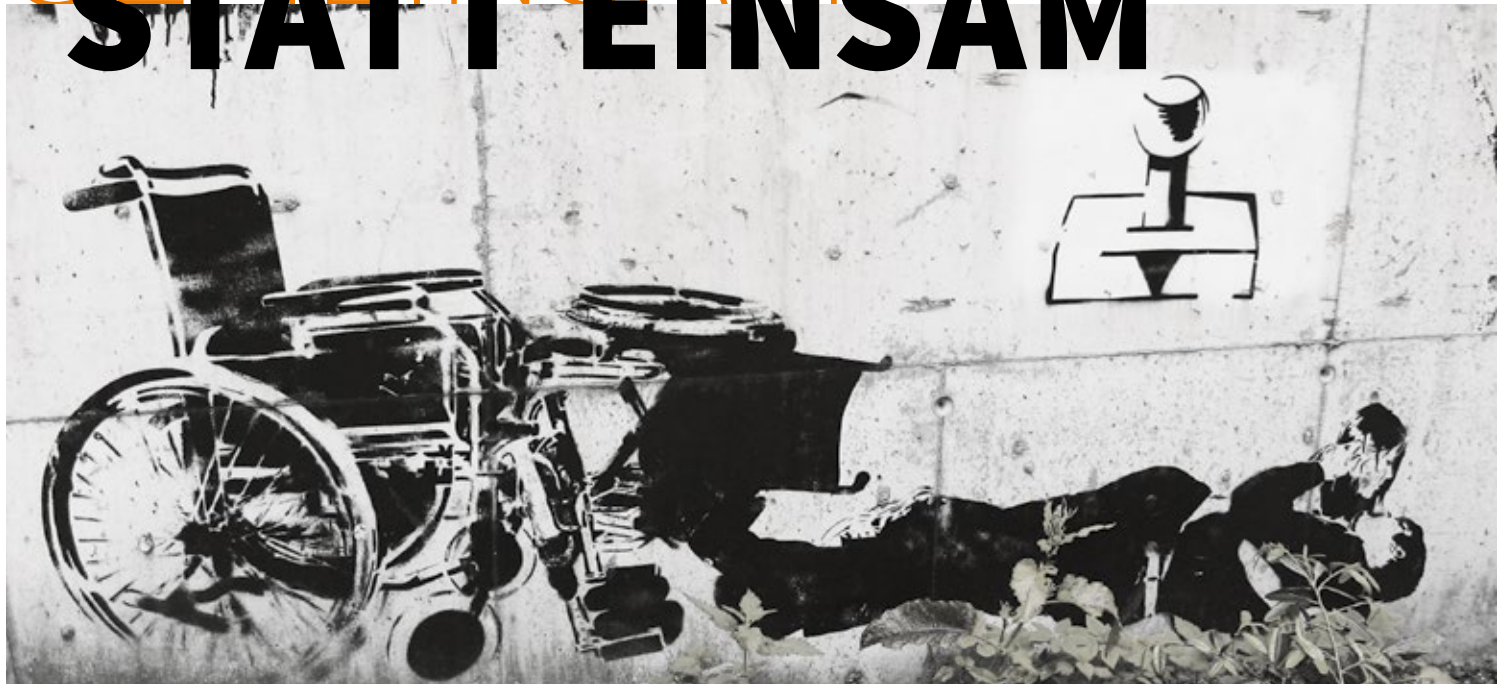
Ein Produkt der Arbeitsgemeinschaft

PIRATENZEITUNG

www.piratenzeitung.de

GEMEINSAM STATT EINSAM

Foto: CC-BY-NC-Svennsveinn / Flickr



Deutschland hat die UN-Behindertenrechtskonvention ratifiziert. Nun ist die Politik bundesweit gefordert, diese anspruchsvollen Forderungen umzusetzen.

Der zentrale Appell der am 13. Dezember 2006 von der Generalversammlung der Vereinten Nationen erlassenen Konvention, „dass alle Menschenrechte und Grundfreiheiten allgemein gültig und unteilbar sind, einander bedingen und miteinander verknüpft sind und dass Menschen mit Behinderungen der volle Genuss dieser Rechte und Freiheiten ohne Diskriminierung garantiert werden muss“, (1) stellt alle Verantwortlichen vor eine große Aufgabe. Die Piraten stehen ausdrücklich zu der Konvention und unter-

stützen die Entwicklung hin zu einer inklusiven Gesellschaft. Inklusion (lateinisch includere = beinhalten, einschließen) basiert auf der Kernforderung der Piraten nach gesellschaftlicher Teilhabe und ist ein Paradigmenwechsel in der Behindertenpolitik. Während sich die bisherige Politik an den Defiziten des Einzelnen orientierte, basiert die inklusive Gesellschaft auf der Wertschätzung der Diversität und der Anerkennung des gesellschaftlichen Potentials eines jeden Individuums. Heterogenität ist normal und wünschenswert. Diesen Anspruch auf Teilhabe gilt es nun in allen

gesellschaftlichen und persönlichen Bereichen umzusetzen. Dabei steht die selbstbestimmte Lebensführung über allen Einzelmaßnahmen. Aufgabe von Politik ist es, in den nächsten Jahren angemessene Vorkehrungen bereitzustellen, die den Betroffenen uneingeschränkte Teilhabe zu allen gesellschaftlichen Bereichen ermöglichen.

WER SIND DENN EIGENTLICH DIE „BEHINDERTEN“?

Im bundesdeutschen Recht wird die Behinderung in Paragraph 2 Absatz 1 Sozialgesetzbuch IX so definiert: Menschen sind behindert, wenn ihre körperliche

Funktion, geistige Fähigkeit oder seelische Gesundheit mit hoher Wahrscheinlichkeit länger als sechs Monate von dem für das Lebensalter typischen Zustand abweichen und daher ihre Teilhabe am Leben in der Gesellschaft beeinträchtigt ist. Sie sind von Behinderung bedroht, wenn die Beeinträchtigung erst noch zu erwarten ist. Fast zehn Prozent der Deutschen haben offiziell eine Behinderung – von einer wesentlich höheren Dunkelziffer ist auszugehen. Am ehesten nimmt man körperlich Behinderte wahr, einen Rollstuhlfahrer zum Beispiel oder jemanden mit einem Blindenstock. Nicht sofort erkennbar sind Behinderungen sozialer oder psychischer Natur. Wer zum Beispiel Lernschwierigkeiten hat oder mit Depressionen kämpft, wird häufig nicht erkannt. Betrachtet man die Definition, wird schnell klar, dass fast jeder irgendwann in seinem Leben entweder „behindert“ oder von „Behinderung“ bedroht war. Daher sollten wir den Begriff der

»Frühstück!« ruft Nick laut in die Gruppe. Heute war er dran, den Tisch zu decken. Die anderen Kinder kommen nach und nach an den Tisch; jetzt wird gemeinsam gefrühstückt. Früher, in seinem alten Kindergarten, durfte Nick nie den Tisch decken. In seinem neuen Kindergarten kann er den Tisch decken, mit aufräumen und so viele andere Sachen mit allen zusammen machen. Und Nicks Eltern sind richtig glücklich über seine Fortschritte.

NICK 5 Jahre, seit Geburt geistig und körperlich eingeschränkt.

Behinderung prinzipiell in Frage stellen, da er an sich diskriminiert. In einer inklusiven Gesellschaft ist Verschiedenheit und Andersartigkeit die Normalität.

FRÜHKINDLICHE FÖRDERUNG

Der Anspruch auf Inklusion betrifft den ganzen Lebensweg: von der frühkindlichen Bildung bis zum Leben im Alter. Die Politik ist gefordert, ein inklusives Bildungssystem auf allen Ebenen zu schaffen und ein lebenslanges Lernen zu ermöglichen und zu fördern. Die Anforderungen an die frühkindliche Bildung sind in den letzten Jahren deutlich gestiegen. Neben Betreuung steht auch hier Bildung im Vordergrund. Der Anspruch auf ein inklusives Bildungssystem. Erhebungen zeigen, dass Heterogenität in der Schule inzwischen eine Realität ist: So hat zum Beispiel mittlerweile jedes dritte Grundschulkind in Deutschland einen Migrationshintergrund. Alle Schüler haben einen Anspruch auf individuelle Förderung in einer gemeinsamen Schule.

INKLUSIVE SCHULE

Das in vielen Bundesländern existierende Förderschulsystem muss zu einer inklusiven

Bin ich froh, dass bald Feierabend ist. Millionen von gelben, roten und braunen Blättern im Park. Ich habe das Gefühl, ich muss die alle alleine wegschaffen. Wenn ich so auf meinen Rechen gestützt über die Rasenfläche im Park schaue, bin ich richtig zufrieden mit dem, was meine Kollegen und ich heute geschafft haben. Gleich geht es mit dem Bulli zur Firma und dann ist Feierabend. Ich muss noch ein paar Sachen einkaufen und freue mich schon auf den gemütlichen Abend zuhause.

MARTIN 37 Jahre, nach Verkehrsunfall geistig eingeschränkt, festangestellter Mitarbeiter in Gartenbaubetrieb, betreutes Wohnen.

"eine"
streichen

Schule umgebaut werden. Der Stand dieser Entwicklung ist in den Bundesländern sehr unterschiedlich. Während Bremen sich schon vor Jahren auf den Weg gemacht hat und die Erfolge sich durchaus sehen lassen können, hinken andere Bundesländer, wie NRW, noch hinterher. Das hat sowohl pädagogische als auch finanzielle Gründe. Der Umbau der Schulgebäude für Schüler mit Handicap führt zu erheblichen Kosten. Viele Kommunen stehen vor der Pleite und können diese Investitionen nicht leisten. Hier müssen Länder und Bund mehr Verantwortung übernehmen und einen erheblichen Teil der Kosten stemmen, wenn sie glaubhaft den Weg zu einer inklusiven Gesellschaft gehen wollen. Daneben sind die Lehrer der Regelschule nicht ausreichend auf die Veränderung vorbereitet. Die Sorge vor Überforderung durch die neuen, oft sicherlich belastenden Aufgaben führt zu Vorbehalten in den Kollegien. Nicht zuletzt sind es auch Eltern „normaler“ Kinder, die um die bestmögliche Förderung ihrer

Kinder bangen. Es gibt bauliche Barrieren und Barrieren in den Köpfen vieler Betroffenen. Diese müssen durch sachliche Diskussion, transparente Entscheidungen und differenzierte Hilfestellungen abgebaut werden. Die Piraten setzen sich für den konsequenten und nachhaltigen Umbau des Schulsystems hin zu einer inklusiven Schule ein, in der alle Kinder eine bestmögliche Förderung erfahren. Investitionen in die Bildung sind Investitionen in die Zukunft unserer Kinder und unseres Landes.

CHANCENGLEICHHEIT IM BERUFSLEBEN

Arbeit bedeutet neben der materiellen Existenzsicherung auch, gesellschaftliche Teilhabe und selbständige Lebensführung zu ermöglichen. Menschen mit Behinderung haben längst nicht die gleichen Zugangschancen zum Arbeitsmarkt wie Menschen ohne Handicap. Ziel muss die Entwicklung eines inklusiven Arbeitsmarktes sein, der eine gleichberechtigte Teilhabe sicherstellt und auch Menschen

mit Behinderung die gleichen Chancen zur Beschäftigung auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt bietet. Überproportional viele Menschen mit Behinderung sind aktuell ohne Beschäftigung und daher auf die sozialen Sicherungssysteme angewiesen. Wirtschaft, Länder und Kommunen sind hier gefordert, einen offenen und integrativen Arbeitsmarkt zu schaffen, der es auch Menschen mit Handicap ermöglicht, ihren Arbeitsplatz frei zu wählen. Daneben werden Qualifizierungsmaßnahmen und Maßnahmen zur beruflichen Rehabilitation nötig sein, um mehr Menschen mit Behinderung in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Das von den Piraten geforderte bedingungslose Grundeinkommen (kurz BGE) wäre auch in diesem Zusammenhang ein wichtiger Schritt hin zu einer inklusiven Gesellschaft. Die Betroffenen kämen aus der Situation des Bittstellers heraus und hätten die Möglichkeit der sozialen und gesellschaftlichen Teilhabe, auch wenn sie auf dem Arbeitsmarkt keine Beschäftigung fänden.

LEBENSRAUM OHNE BARRIEREN

Eine vollständige, gleichberechtigte und wirksame Teilhabe von Menschen mit Behinderungen setzt Barrierefreiheit voraus. Diese Barrierefreiheit meint zum einen die uneingeschränkte Zugänglichkeit von öffentlichen Gebäuden. Hier müssen Bauvorschriften angepasst werden. Älterer Baubestand muss saniert und erneuert werden. Der private Wohnraum bedarf vor dem Hintergrund einer immer älter werdenden Gesellschaft und dem





Anspruch auf Barrierefreiheit einer Erneuerung, um ein barrierefreies Wohnen nicht nur im Alter zu ermöglichen. Konzepte zu Stadtteilentwicklung und generationenübergreifendem Leben in Quartieren sind spannende Herausforderungen, an denen die Piraten konstruktiv mitarbeiten wollen und werden.

GESELLSCHAFTLICHE TEILHABE SETZT MOBILITÄT VORAUS

Ein wesentlicher Bestandteil der Barrierefreiheit und somit der uneingeschränkten Teilhabe ist der Anspruch auf Mobilität. Neben dem Umbau von Transportmitteln im ÖPNV ist die Forderung der Piraten nach einem ticketlosen öffentlichen Nahverkehr (im Wahlprogramm unter anderem der NRW-Piraten als „Fahrscheinloser Nahverkehr“ notiert) ein entscheidender Schritt hin zu einer Gesellschaft der nachhaltigen Teilhabe aller Menschen, egal ob mit körperlichem, psychischem oder sozialem Handicap. Modellprojekte wie zum Beispiel im belgischen Hasselt zeigen realistische Umset-

zungsmöglichkeiten auf. Es liegen erste konkrete Konzepte der Piraten vor, die eine breite Diskussion ermöglichen.

BARRIEREFREIE MEDIEN

Barrierefreiheit meint außerdem den uneingeschränkten Zugang zu Information und Kommunikation. Forderungen der Piraten nach Transparenz und Netzneutralität spiegeln und unterstützen diese Anforderungen. Die Frage im Zusammenhang mit Hartz 4, ob der Computer in der Wohnung zu den Grundbedürfnissen gehört, ist vor dem Hintergrund des Anspruchs auf informelle Teilhabe eindeutig zu bejahen. Er ist eine elementare Grundvoraussetzung für Information und Kommunikation. Selbstkritisch muss dabei angemerkt werden, dass unsere Kommunikationsplattformen und Tools nicht durchgängig den Anforderungen für Barrierefreiheit entsprechen und nicht jeder Stammtisch baulich und sozial barrierefrei ist. Konkrete Maßnahmen, beispielsweise eine Informationsplattform, welche Stammtische baulich barriere-

frei und ohne Kosten (etwa für Getränke) zugänglich sind, können ein erster Schritt sein.

ALTERN IN WÜRDE

Ein immer drängender werdendes Problem ist der Zusammenhang von Alter und Behinderung. Die wachsende Zahl älterer Menschen in unserer Gesellschaft ist eine große Herausforderung. Grundlegend für die gesellschaftliche Teilhabe älterer, oftmals kranker oder beeinträchtigter Menschen ist die Sicherung des Alterns in Würde. Dazu gehört neben dem Zugang zu gesellschaftlicher Infrastruktur auch eine Sicherung der notwendigen pflegerischen Leistungen. Viele Menschen haben Angst, in einem Pflegeheim versorgt werden zu müssen. Daher müssen die Möglichkeiten der Betreuung in der eigenen Wohnung und alternative Wohnformen mehr in den Fokus genommen werden. Hier fehlt es der Politik zur Zeit an visionären Konzepten. Vorliegende Ideen zum Thema Quartiersentwicklung für ein lebenslanges selbstbestimmtes Leben sind ein erster Anfang.

weiter auf Seite 6

Das kann plötzlich jeden treffen: Petra ist mit ihrem Freund am Wochenende mit dem Motorrad unterwegs. Auf dem Rückweg nimmt ein Autofahrer ihnen die Vorfahrt, es kommt zu einem Sturz. Petra ist seitdem querschnittsgelähmt. Sie und ihre Familie müssen sich auf ein völlig neues Leben einstellen. Die Wohnung der Eltern liegt in der zweiten Etage, einen Aufzug gibt es nicht. Das Bad ist zu klein, der Rollstuhl passt nicht hinein. Eine behindertengerechte Wohnung zu finden ist fast unmöglich, die finanziellen Anforderungen sind kaum zu stemmen. Petras Schule ist nicht behindertengerecht ausgebaut, ein Schulwechsel lässt sich nicht verhindern. Da der ÖPNV nicht barrierefrei ist, verliert sie den Kontakt zu ihren ehemaligen Schulkameraden. Der Weg in die Isolation ist vorprogrammiert.

PETRA 17 Jahre

MANFRED SCHRAMM

HINTER DEN PLAKATEN

Man acht man einen Ausflug durch die Medien, findet man an allen Orten wohlfeile Beiträge zum Thema Inklusion. Besonders die tatsächlich oder vermeintlich gesellschaftsrelevanten Gruppierungen, Verbände und Institutionen überschlagen sich bei der Plakatierung ihrer Publikationen mit der Begrifflichkeit „Inklusion“. Allorts findet man Aussagen wie „Experten diskutieren über Inklusion ...“, „... Barrieren abbauen ...“ oder „... auf dem Weg zur Inklusion.“ Inklusion ist hip. Inklusion ist der Weg zum Erfolg. Inklusion ist Menschenrecht.

STOP! MAL NACHGEDACHT.

Wo kommt diese wunderbare, Menschen achtende Einmütigkeit plötzlich her? Klar, die UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderung, die von Deutschland 2009 ratifiziert wurde, ist der Auslöser. Wunderbar, dass es diesen Anstoß gab. Wirklich wunderbar? Ja, wunderbar. Aber gleichzeitig muss man traurig und beschämt sein, dass es dieses Anstoßes bedurfte. Was steckt hinter all den Plakaten? Welches Denken, welche Überzeugungen und welche Zwänge treffen wir auf dem Weg zu einer wirklichen Inklusion an? Welches Denken ist in unseren Köpfen und welches Denken brauchen wir? Betrachtet man beispielsweise die Überlegungen des Landschaftsverband Rheinland, die inklusive Förderung von Kindern mit Förderbedarf in Kitas aus Kostenerwägung zukünftig nach außen zu verlagern, muss man doch an eine schlechte Kulisse in einem noch schlechteren Film denken. Es kann und darf doch nicht immer nur um Geld gehen. Die Kernfrage zum Gelingen von Inklusion ist die Frage, wann Inklusion wirklich in unseren Köpfen ankommt. Denk' mal nach, bitte! ■



Solche Geschichten wie von Heinrich kennen wir alle: Der Vater einer Freundin lebt alleine und seine Demenz wird stetig schlimmer. Bisher konnte er durch den unermüdlichen Einsatz meiner Freundin und die Unterstützung durch Pflegekräfte in seiner Wohnung wohnen. Jetzt kann er nicht mehr alleine gelassen werden, meine Freundin ist völlig überfordert, am Ende ihrer Kräfte und von Schuldgefühlen geplagt. Er muss in ein Pflegeheim. Die fremde Umgebung macht ihm zu schaffen, er jammert, will wieder nach Hause. Die Pflegekräfte sind sehr bemüht, die eigene Arbeitssituation verhindert aber eine angemessene Betreuung.

HEINRICH 72 Jahre

WARUM IST INKLUSION EIN KERNTHEMA DER PIRATEN?

Bei der Auseinandersetzung mit dem Thema Inklusion wird sehr schnell deutlich, dass der wesentliche Schritt hin zu einer inklusiven Gesellschaft

der Wandel in den Köpfen und in der Haltung ist. Solange eine Gesellschaft sich vorrangig an der wirtschaftlichen Effizienz jedes Einzelnen orientiert und nicht gleichwertig jeden Menschen als gesellschaftliche Bereicherung ansieht, werden noch so

viele Maßnahmen nicht zum Erfolg führen – wie dringend sie im Einzelnen auch erforderlich sein mögen. Wir müssen weg von einem Menschenbild, das sich an den Defiziten des Einzelnen orientiert, hin zu einem Menschenbild, das die Potentiale

und Möglichkeiten jedes Einzelnen in den Vordergrund rückt. Inklusion beschreibt eine Gesellschaft, die von Vielfalt und Respekt getragen wird. Die inklusive Gesellschaft beschreibt eine Vision, die den Grundgedanken der Piraten aufnimmt. Jeder Mensch hat das Recht, nach seinem eigenen, wie auch immer gearteten Lebensentwurf zu leben. Dabei steht die individuelle Freiheit im Vordergrund. Der Staat hat die Aufgabe, individuelle Freiheit und Lebensentwürfe zu ermöglichen. Gegenseitiger Respekt und die Wertschätzung von Andersartigkeit sind dabei die Basis einer solchen inklusiven Gesellschaft. Die politischen Forderungen der Piraten lassen sich immer wieder auf diesen Grundgedanken der Inklusion zurückführen. Ein bedingungsloses Grundeinkommen, fahrscheinloser öffentlicher Nahverkehr, Netzneutralität und ein barrierefreies inklusives Schulsystem sind dafür Beispiele. Im Vordergrund steht immer die Möglichkeit der sozialen und gesellschaftlichen Teilhabe aller Menschen. ■

THOMAS KÜPPERS

DIE ARBEITSGEMEINSCHAFT INKLUSION IN DER PIRATENPARTEI

Die Inklusion ist eine Vision für unsere Gesellschaft. Es geht um die Frage: Wie wollen wir zusammen leben und miteinander umgehen? Die Arbeitsgemeinschaft (AG) Inklusion wurde gegründet, um diese Vision zu konkretisieren.

WIR HABEN UNS FOLGENDE DREI SCHWERPUNKTE GESETZT:

1. Bisher wird nur in wenigen Bereichen von Inklusion gesprochen. Sie wird primär im Zusammenhang gebracht mit den UN-Behindertenkonventionen und der Inklusion von Kindern mit Behinderung (Bessere Alternative: Handicap) an unseren Schulen. Dabei ist die Inklusion mehr. Sie betrifft uns alle und umfasst das gesamte Leben. Dieses Bild zeichnet sich auch in unserem Grundsatzprogramm ab. Es beinhaltet jetzt schon viele Gedanken zur Inklusion. Wir haben daher einem Antrag erarbeitet, dies zu konkretisieren und die Inklusion fest im Grundsatzprogramm zu verankern.

2. Wir wollen ebenfalls ein weiteres Problem angehen: Inklusion wird oftmals mit Integration verwechselt. Dabei haben diese zwei Begriffe zwar Gemeinsamkeiten, aber beinhalten etwas völlig anderes:

Bei der Integration nehmen wir Menschen in unsere Gesellschaft auf, aber die individuellen Eigenheiten, ihre Mentalität wird dabei nicht erfasst. Dabei ist es gerade die Einzigartigkeit, die das Kapital eines jeden Menschen ist. Die Inklusion versteht es als ihre Aufgabe, eben diese individuellen Reichtümer mit aufzunehmen, sie zu nutzen und als Gewinn für alle anzuerkennen. Nicht nur der Mensch allein ist zu integrieren, auch seine Fähigkeiten, sein Denken, Fühlen und Handeln, das ist dann Inklusion.

Die AG Inklusion möchte erreichen, dass wir in unserem Denken und Handeln von der Integration ablassen und zur Inklusion finden. Wir wollen daher Modelle entwickeln, um Menschen zukünftig besser in unsere Gesellschaft einzubinden, wie es bereits in anderen europäischen Ländern geschieht.



3. Durch die verfehlte Politik der letzten Jahrzehnte haben sich Gruppen in unserer Gesellschaft gebildet. Die AG Inklusion entwickelt daher Ideen, um Wege aufzuzeigen, die dies korrigieren.

Menschen sollen in unsere Gesellschaft eingebunden werden, damit sie nicht zwangsläufig ihre eigenen, abgeschotteten Gemeinschaften bilden. Wir wollen aber eine Gesellschaft, an der alle teilhaben und partizipieren können und voneinander lernen, sowie ihre eigene Individualität einbringen.

Die AG Inklusion möchte den Gedanken der Inklusion weiter verbreiten. Daher setzen wir uns dafür ein, dass Inklusion sich nicht nur in unseren Gesetzen widerspiegelt, sondern auch in der Praxis umgesetzt wird. Die AG Inklusion möchte in Zukunft Aktionen erarbeiten und anhand von Modellversuchen die Inklusion in die Realität umsetzen.

ABMAHNANWALT MIT LIZENZ ZUM GELDDRUCKEN



Abmahnungen kommen in vielgestaltiger Form. Arbeitnehmer kennen die Abmahnung fürs zuspätkommen, Onlinehändler die wettbewerbsrechtliche Abmahnung, wenn irgendwas im Impressum fehlt. Der Vermieter schickt eine Abmahnung, falls Mieter Sachen im Hausflur stapeln. Alles gut und schön und irgendwo berechtigt. Doch mit dem Aufkommen des Internet gibts eine neue Form: die massenhafte Abzock-Ab-

„piratisierten“

Und schon hat der Rechteinhaber der piratisierten Musik- oder Filmaufnahme die Möglichkeit, das über einen Anwalt per Abmahnung verfolgen zu lassen. Die Adresse gibts beim Provider, in einem Urteil hat der Bundesgerichtshof den Weg dafür freigemacht. Das kostet einiges, regelmäßig um die 500 Euro gefordert. Was ist das? Die ständige Rechtsprechung unterstellt, daß der Abmahner etwas menschenfreundliches veranstaltet: er erspart seinem Gegner einen teuren Prozess. Die Abmahnung rechtlich gleich gelagert, wenn man einem Unfallopfer hilft: „Gefahrenbesorgung ohne Auftrag“ nach BGB 677. Lizenz zum Gelddrucken!

dass

Er

wurde ein

2009 ist ein internes Papier einer Abmahnfirma geleakt. Der damalige Udo Vetter, der Abmahner, hat buchten. Ein „Rundum-Sorglos-Paket“. Zahlen die Abgemahnten, wird der eingehende Betrag nach bestimmten Quoten aufgeteilt. Zahlen sie nicht, wird den Rechteinhabern nichts in Rechnung gestellt.

BERÜHMTE ABMAHNER

Platz 1: Gravenreuth

Der verstorbene Abmahnanwalt war ganz von Anfang an dabei. Über Helfer lancierte er in Computerzeitschriften und 90-er Jahre Lockvogel. Auf sie antwortete er mit „Tanja“ und später eine Haus. Auch vor Prozeß- und sonstigem Betrug schreckte

Prozess-

Gravenreuth nicht zurück. Vorzugsweise gegen Opfer wie Schüler und Studenten, die sich nicht richtig wehren konnten. Mit Kampfanwalt Jonny Eisenberg suchte er sich dann seinen letzten, falschen Gegner aus, als er der TAZ die Domain wegpfändete.

Platz 2: Marions Kochbuch

„Marions Kochbuch“ heißt die Rezepte-Webseite und ist kostenlos im Internet anzuklicken. Wer auf die dumme Idee kommt, etwa ein Brötchen-Foto zwecks Bebilderung eigener Web-Angebote zu nutzen, bekommt eine fette Rechnung. Lichtbilder sind nämlich spezialgeschützt. Der Gesetzgeber wollte dem Fotografen etwas Gutes tun. Abzocker wie Marion und Gatte hatte er nicht auf dem Radar. Da kommen für 13 Bilder schon einmal 15.000 Euro zusammen. Das Verbraucherschutzmagazin ARD Plusminus warnte bereits vor dieser Webseite. Diese Masche zogen sie seit einem halben Jahrzehnt durch. Mit etwas weniger Energie seit einem Anti-Massenabmahn-Urteil.

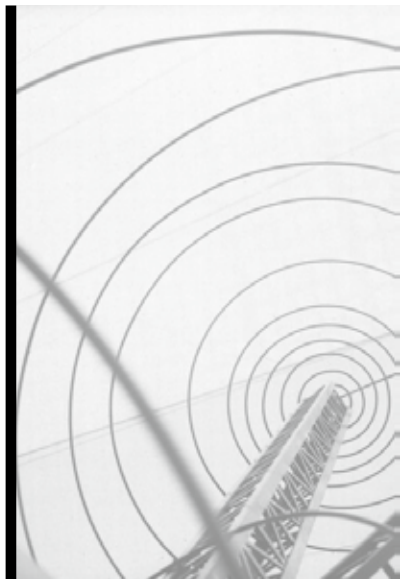
Platz 3: Stadtplandienst

Abends im Verein: neues Mitglied gibt seine Beitrittserklärung ab. Weil er „ich erlaube Fotos von mir in Zeitung und Web“ gestrichen hat, entwickelte sich ein kleines Gespräch. Der Gute musste mal 500 Euro an einen Kartenverlag zahlen, weil er auf einer Privatpartyeinladung einen urheberrechtlich geschützten Stadtplan nutzte. „Das war ein pdf, hab ich irgendwo hochgeladen und vergessen. Aber Google durchsucht ja jetzt auch pdfs. Da haben die vom Verlag irgendeinen String gefunden und sich mit einer Rechnung bei mir gemeldet.“ — Aber Fotos von dir aus dem Vereinleben, das ist doch legal. Das wird alles durchgecheckt. Irgendwo sind die ersten. Die: ja Sie haben. Sie waren Sie. Sie waren dort...

bleibt, ist

Was bleibt ist die Forderung, alles rund um das Thema komplett neu durchzuregulieren. Damit Menschen wieder ohne Angst online normale, völlig selbstverständliche Dinge tun können, die im Fotokopierzeitalter ja auch bereits gängig waren.

CC ZERO STEFAN MÜLLER



Das ewige GEZÖRR

ich weiß nicht mehr genau, wie ich darauf gekommen bin. Aber ich habe mich mal gefragt, ob der öffentlich rechtliche Rundfunk (ÖRR) eigentlich auch Anfragen nach dem Informationsfreiheitsgesetz(en) (IFG) beantworten muss.

Nach meinem Verständnis unterliegt auch der ÖRR den IFG und muss demnach Anfragen im Sinne des Gesetzes beantworten. Dies wird auch durch ein Gerichtsurteil des OVG Münster (5 A 166/10) bestätigt.

Angespornt durch diesen Erfolg für mehr Transparenz beim ÖRR habe ich einfach nur mal wissen wollen, wie häufig die einzelnen Sender Anfragen nach dem IFG bekommen und wie viele sie davon beantwortet haben.

Schon jetzt kann ich sagen, dass mich dieses Thema mich wohl länger auf Trab halten wird.

Erstes Ergebnis für mich ist, dass die Sender teilweise keine Ahnung haben, wofür die Abkürzung IFG steht. Ich hatte diese Abkürzung in der Annahme verwendet, dass diese allgemein geläufig sein sollte. Durch die Antworten erhielt ich gewisse Einblicke in die Unkenntnis der Zuschauerredaktionen zum Thema Informationsfreiheit. (mehr beim nächsten Mal)

den



Bildungspolitik als Gerechtigkeitspolitik

Der Schlüssel zur Teilhabe am gesellschaftlichen Leben

MEINHART RAMASWAMY

In einem Gespräch mit dem Philosophen Richard David Precht kritisiert Hirnforscher Gerald Hüther, dass unsere Kinder noch immer nach denselben Methoden und mit denselben Inhalten wie vor 50 Jahren unterrichtet werden. Das Leben der jungen Menschen sei eine Jagd nach Zensuren und nur die Vorbereitung auf ein Examen. Doch Leben sollte mehr sein.

Er stapelt niedrig – das, was in einer Vielzahl von Schulen strukturell und inhaltlich geschieht, ist wesentlich älter. Es hindert daran, zeitgemäß und phantasievoll zu lernen. Es wäre falsch, den Mangel alleine an den Lehrern festzumachen. Es beginnt mit der Lehrerbildung, der Schulaufsicht und endet bei den inneren Schulstrukturen und dem Unterricht.

In der Präambel ihres Grundgesetzprogramms setzt sich die Piratenpartei Niedersachsen für die größtmögliche Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ein. Eine entscheidende Voraussetzung dafür ist die Chancengleichheit im Bildungswesen. Die Bildungspolitik der letzten Jahrzehnte, vor allem gefördert von CDU/FDP-Regierungen in Land und Bund, sorgt aber gezielt für das Gegenteil.

Blick zurück

Als die Schule aus Kirchenhand in weltliche Obrigkeit überging, änderte sich ihre Aufgabe. Nun soll sie den Einzelnen in die staatliche Ordnung eingliedern. Schule dient als Institution dem Ziel, den Fortbestand des gegenwärtigen Zustandes der Gesellschaft zu sichern. Damit ist aber auch die Steuerung der gesellschaftlichen Verhältnisse durch die Institution Schule gegeben. Sie wurde in der Vergangenheit

von totalitären Regimen, auch in Deutschland, missbraucht. Schule wurde zum Hort der Disziplin, Autorität, Unterordnung, absolutem Gehorsam degradiert.

Durch staatliche Stellen festgelegte Lernziele und Lerninhalte garantiert, dass das gelernt wird, was der Mainstream fordert. Gesellschaftliche wie fachliche Alternativen spielen kaum eine Rolle. Es wird gelernt, was in der Wirtschaft gerade erforderlich ist.

Ich erinnere mich eine Veranstaltung des Schulleiterverbandes, in der ein Wirtschaftsvertreter eindringlich sogenannte Schlüsselkenntnisse einforderte. Dafür hätte der Schulleiter doch bitte zu sorgen. Nicht dass alles, was er forderte, unsinnig gewesen wäre, doch die Art und Weise und der Ort der Forderung passt so gar nicht zu einer unabhängigen und demokratischen Institution.

Druck total

Derzeitige Änderungen etwa in der gymnasialen Oberstufe erhöhen den Druck: eine Selektion nach „Belastungskriterien“ erfolgt, aber nicht nach intellektuellem Potential. Dafür benötigt das, um sich zu entwickeln, einfach Zeit und phantasievolles Begegnen mit Wissen. Laut einer Meldung in der „Berliner Tageszeitung“ vom 6.9.2012 lehnen 79 Prozent der Eltern das Abitur nach 12 Jahren ab. Das ist nachvollziehbar, denn der Druck auf die Schüler kommt ungefiltert zuhause an.

Dann belohnen Lehrer angepasstes Lernverhalten („ich antworte, was der Lehrer hören will und diskutiere nicht“) mit guten Noten, die wiederum zu bestimmten Abschlüssen führen. Eine Voraussetzung für viele leitende Positionen. Die Europäisierung der formalisierten Bildung führt nicht zu Vielfalt, sondern zur Einfachheit.

Dezentrale Strukturen

Die Ökonomisierung der Bildung ist eine Sackgasse. Bildung in Schule, Ausbildung, Studium gehört zur grundlegenden Daseinsfürsorge, die eine zentrale Aufgabe des Gemeinwesens ist. Das muss nicht notwendigerweise ein „Zentralstaat“ oder „Föderalstaat“ sein. Da lassen sich dezentrale, regionale Strukturen denken.

Deutlich wird diese veraltete Politik im Credo vom unbedingtem Erhalt des dreiteiligen Schulsystems in seiner jetzigen Form. Dass dieses zu mehr Ungleichheit führt als Gesamtschulen, in denen möglichst spät differenziert wird und der Schüler das Lerntempo vorgibt, zeigen inzwischen selbst Studien und Stellungnahmen der OECD, die Deutschland für seine Undurchlässigkeit rügen.

Alles für die Elite

Wer Teilhabechancen verbessern will, muss eine politische Entscheidung treffen: Mehr Fördermaßnahmen für diejenigen in der Gesellschaft, die benachteiligt sind. Derzeit wird aber genau das Gegenteil gemacht: Elitenförderung. Denjenigen, die schon gute Voraussetzungen haben, wird zusätzlich gegeben. „Leistung muss belohnt werden“ ist das eingängige Motto, nicht das Fördern von Potentialen.

Im „Chancenspiegel“ hat die Bertelsmann-Stiftung und das Institut für Schulentwicklungsforschung (IFS) an der Technischen Universität Dortmund erstmals die Schulsysteme aller Bundesländer auf Chancengerechtigkeit untersucht. Hier landet mein Bundesland Niedersachsen in der Dimension Durchlässigkeit in der unteren Gruppe. Dass es auch anders geht, zeigt Finnland. Hier ist das gegliederte Schulsystem schon seit 40 Jahren abgeschafft.

Wende verpasst

Aber in Deutschland verpassten wir die Chance zu einer Wende: Johannes Rau, damals Ministerpräsident von NRW, berief vor gut 30 Jahren eine Kommission zur Zukunft der Bildung und der Schule ein. Seit 1995 liegt der Bericht vor.¹ Hat sich etwas getan? Ja: Wir sind heute weiter von einer „Schule als Haus des Lernens“ entfernt als je zuvor.

Die angeblich notwendige Vereinheitlichung von Bildungsstandards und deren Internationalisierung hat den Druck, der durch den Bologna-Prozess in den Universitäten entstanden ist, ungefiltert an die Schulen weitergegeben. Es ist eine Schande, wie bereits Gundschilder mit „Wenn Du Abitur machen willst, dann musst Du ...“ geängstigt und unter Druck gesetzt werden.

In Niedersachsen ist die Chance eines Kindes, das Gymnasium zu besuchen, in wohlhabenden Sozialschichten 5,8-mal höher als die eines Kindes aus ärmeren Familien. Der Bundesdurchschnitt liegt beim Faktor 4,5, auch kein Ruhmesblatt.

Nur 34,8 Prozent aller Schüler in Niedersachsen, die maximal einen Hauptschulabschluss hatten, erhalten einen Ausbildungsplatz im Dualen System. Der Bundesdurchschnitt liegt hier immerhin bei 41,5 Prozent. Auch nicht toll.

Schul-Abstieg

Im Bereich Schulformwechsel ist das niedersächsische Ergebnis verheerend: einem Aufwärtswechsel stehen 11,8 Abwärtswechsel gegenüber. (Bundesweit liegt dieses Verhältnis im Schnitt bei 1 zu 4,3). 3,2 Prozent aller Schüler der Sekundarstufe müssen eine Klasse wiederholen (Bundesdurchschnitt: 2,9 Prozent).

In anderen Bereichen bekommt Niedersachsen bessere Noten. Die Durchlässigkeit entscheidet, ob eine Zementierung des sozialen Status stattfindet oder ob eine Veränderung möglich wird. Hier ist Niedersachsen ein Schlusslicht in Deutschland. Und ich unterstelle, dass das gewollt ist. Dafür spricht einiges. Sehen wir uns noch andere Bereiche der Bildungspolitik an:

Exzellenzinitiative, mehr Frauen in MINT-Berufe (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik) und dergleichen. Überaus wohlklingende Worte. Aber es trifft immer diejenigen, die schon privilegiert sind. Elitenförderung, Elitenuniversitäten. Von Bildung für alle, wie vor 40 Jahren, ist keine Rede mehr. Aber die wäre notwendig, soll die Gesellschaft nicht weiter fragmentiert werden und auseinanderdriften. Erneut kann man sich des Eindrucks einer gezielten politischen Absicht nicht erwehren.

BAFöG für Wenige

Noch ein Beispiel: Nehmen wir die geplante Herabsetzung der Einkommensgrenzen beim

Freie Schulen

Everett Reimer schrieb 1971, „Man wird geschult, um die Gesellschaft hinzunehmen. Man wird erzogen, um eine neue Gesellschaft zu schaffen oder wieder zu erschaffen.“ Es ist Zeit, anstelle von vormundschaftlicher Schulung im Bildungswesen der Erziehung Raum zu geben. Wir haben eine steuernde Überregulierung im Schulbereich. Ein Systemwechsel steht an: Die unabhängige – freie – Schule als Grundlage für die Bildung jedes Einzelnen als mündigem, kritischem, kreativem Teil des Gemeinwesens und einer neuen Vielfalt.

Das bedeutet das Ende des Monopolcharakters, des Zwangs-

Ängsten und leichtfertigen Vorurteilen. Bildung versetzt uns in die Lage, Herausforderungen zu meistern, Problemlösungen zu finden und – wenn nötig – den Kurs zu ändern. Wer die Bildung vernachlässigt, zerstört die Grundlage, auf der unsere Gesellschaft aufgebaut ist.

Durch den Wandel der Industrie- und Dienstleistungsgesellschaft zu einer global vernetzten Ideengesellschaft ist Bildung die wichtigste Ressource des Menschen geworden. Die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit Deutschlands und damit die sozialen, kulturellen und persönlichen Entfaltungsmöglichkeiten der Bürger basieren auf dem allgemeinen Bildungsniveau sowie der persönlichen Qualifizierung jedes Bürgers. Die großen Herausforderungen der Zukunft, wie etwa Klimawandel oder Ressourcenknappheit, sind nur durch technische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Innovationen zu bewältigen. Dies erfordert ein sehr viel höheres allgemeines Bildungsniveau.

Gründungsfreiheit

Ein autonomes öffentliches Schulwesen muss eine unabhängige Möglichkeit bieten, neue Schulen zu gründen oder bestehende Schulen zu verändern. Dazu bedarf es einer ausführlichen Darstellung des pädagogischen Konzeptes, der geplanten Inhalte und der vorgesehenen Lehrkräfte, einer Rechtecharta und des Raum- sowie Einrichtungsbedarfes. Diese Konzepte können in geeigneten Medien veröffentlicht und kommentiert werden. In einem Dialog entsteht ein Konzept, das dann umgesetzt wird.

Dezentrale sich selbst berufende (initiative) Gremien von Eltern, älteren Schülern, Schülern, Lehrern, Universitäten – sogenannte regionale Bildungskommissionen – könnten die Konzepte prüfen und diese „freigeben“.¹

Dabei sollte aber Vielfalt und Breite des Wissens die vorherrschende Rolle spielen, nicht Vormundschaft in den Inhalten. Danach könnte der Gründungsprozess in Gang gesetzt werden.



BAFöG. Bedeutet nichts anderes, dass der Mittelstand eine höhere Bildung nicht mehr finanzieren kann. In Zeiten, in denen schon häufig zwei Drittel des Einkommens fürs Wohnen aufgebraucht wird und Niedrigstlöhne hingenommen werden. Und BAFöG war doch gerade dafür gedacht, Ärmern den Zugang zu Bildung zu ermöglichen.

Genau so bei (privaten) Stiftungen: gefördert wird die Elite. Gute Noten sind Voraussetzung für die Förderung. Das ist nur sinnvoll, wenn bereits vorher Potentiale entwickelt und gefördert werden. Anstelle von hohen Grundbeträgen, die vom Einkommen der Eltern abhängen, werden die davon unabhängigen Büchergelder und Zusatzleistungen erhöht. Was wieder die bevorzugt, die es weniger benötigen.

charakters (auf eine bestimmte Institution und bestimmte Lebensjahre begrenzte Schulpflicht) und der Koppelung von Lernprozessen mit Bewertungen (und daraus folgenden Berechtigungen und Privilegien).

Bildung als Basis unserer Gesellschaft

Kommunikation, Information, Wissen und Bildung formen die Grundlage unserer Gesellschaft und Kultur. Ihr Gesicht wird durch Bildung geprägt. Bildung ermöglicht den wissenschaftlichen, wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt, auf dem unser materieller und geistiger Wohlstand beruht. Sie setzt die Standards für unser Zusammenleben. Sie gibt Orientierung in einer komplexen Welt und schützt die Gesellschaft vor irrationalen

[1] Zukunft der Bildung – Schule der Zukunft. Denkschrift der Kommission „Zukunft der Bildung – Schule der Zukunft“ beim Ministerpräsidenten des Landes Nordrhein-Westfalen. Luchterhand Verlag 1995

TOUGH LOVE Wenn das BVB-Ticket 420 Euro extra kostet

 $2x$

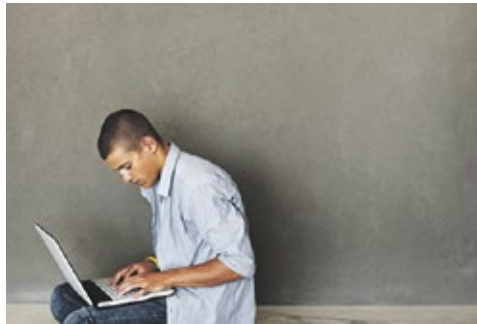
mit
ihrem

Foto: CC-BY-SA-Fanthomas / Flickr

VIELE LÜCKEN IM GESETZ

GEMA-VERMUTUNG

Die Gesellschaft für musikalische Aufführungs- und mechanische Vervielfältigungsrechte ist als Verwertungsgesellschaft für Komponisten, Textdichter und Musikverleger als Urheberverein tätig. Kontrolliert die Deutsche Patent- und Markenämterkartellamt und der Justiz. Die GEMA oder öffentlichen Einrichtungen werden Lizenzgebühren für die Nutzung nicht zufließen. Die GEMA-Zuschlag beträgt 10 Prozent der eigenen Einnahmen. Die GEMA und ausländischen Verwertungsgesellschaften. Durch Gegenseitigkeitsverträge arbeitet die GEMA eng mit ihren Schwestergesellschaften aus fast allen Ländern der Welt zusammen. Wegen der völlig überholten GEMA-Vermutung muss ein Musikkonsument der GEMA nachweisen, dass er GEMA-freie Werke abspielt. Die Piraten kämpfen gegen die Vermutungsregelung. Eine Petition an den Bundestag erreichte über 60.000 Unterschriften.



JAHRHUNDERTELANGER SCHUTZ

Im derzeitigen Urheberrecht ist ein Werk erst 70 Jahre nach dem Tod des Autors frei. Heute erscheinende Bücher werden also praktisch nie mehr frei. Ein Memorandum of Understanding von 75 Jahren. Ein Memorandum of Understanding von 75 Jahren. Ein Memorandum of Understanding von 75 Jahren.

DATENBANK

Von der EU eingeführt. Die Entwicklung von besseren Datenbanken zu fördern. Was ist daraus geworden? Ein Sonderklagerecht zum vielfältigen Mißbrauch. Denn „Datenbank“ kann auch eine Spielplanliste sein. Zweck Monopolisierung und Kommerzialisierung dachte der Deutsche Fußballbund schon angestrengt darüber nach, mit diesem Recht in der Hand gegen Netzpublizierer vorzugehen. Eine Datenbank im Angesicht der Datenbanken.

Nicht zu reden vom substantiellen Anteil der GEZ-Zwangsabgaben für Millionengagen der Profikicker.

AUSKUNFTSRECHT BEI TELEKOM UND PROVIDERN

Seit wenigen Jahren können Privatpersonen bei Verdacht auf illegale Kopien bei Telekoms und Internet Providern nach der Nutzer-Adresse fragen. Und die wird dann auch übermittelt. Eine Information oder Anhörung des Nutzers ist nicht vorgesehen. Besonders ärgerlich, wenn viele Kommunikationsdienstleister mehr und länger registrieren, als sie müssen. Übermäßig viel speichert die „rosa“ Telekom - und rückt Daten großzügig an die Abmahnanwälte heraus. Verbraucher sollten sich zu datensparsameren Anbietern bewegen, solange es noch geht. Denn am Horizont droht umfassende Auskunft über eine neue Schnittstelle.

VERWAISTE WERKE

Wenn ein Urheberrechtseinhaber nicht mehr zu finden ist, dann ist das ihm zugeschriebene Werk „verwaist“. Ein großes Problem, denn wegen der jahrhundertelangen Schutzfrist und zusätzlichen Leistungsschutzrechten ist das Buch, der Song für eine andere Verwertung als die antiquarische gesperrt. Um verwaiste Werke drehte sich ein von Google provozierte Prozess in den USA. Doch der Prozessgewinn hat für uns wenig Relevanz. Die Europäische Kommission brachte im Mai 2011 einen Richtlinienentwurf über bestimmte zulässige Formen der Nutzung verwaister Werke. Unterzeichnet wurde ein „Memorandum of Understanding“ von vergriffenen Werken der Verbände der Autoren. Leider vorher noch ein

Land verteilen.

WEIHNACHTSMARKT OHNE WEIHNACHTSLIEDER

„Stille Nacht“ auf dem Weihnachtsmarkt, denn nach der neuesten Musikgebührentabelle wird der ganze Marktplatz nach Quadratmetern durch die GEMA abgerechnet, was sehr teuer ist. Da verzichten die Marktleute auf „Merry Christmas“.



WISSENSCHAFTLICHE ARBEITEN

Wissenschaftsverlage verwerten die mit öffentlichen Geldern geschriebenen Papers. Wissenschaftler müssen publizieren, wenn sie karrieretechnisch weiterkommen wollen. Die Verlage lassen das nicht zu, weil der Wissenschaftler „Knebelverträge“ unterzeichnen muss. Beispiele dazu kann Prof. Haeberle, Berlin, aufzeigen. Er bietet sein Wissen als kostenfreies E-Learning-Projekt an.

www.elearningeuropa.info/de/node/2650



Zur Zeit in der Zukunft haben Presseverlage ein Sonderrecht auf ihre Verlagserzeugnisse. Doch das ist eine große Gefahr fürs freie Internet, wie wir es kennen. Letztlich ist die Meinungsvielfalt bedroht: wenn Suchmaschinen keine Informationen einer Pressemeldung ohne Geld an die Verlage weitergeben, dann weniger Informationen.

INTERNATIONALE ABKOMMEN

ACTA, IPRED und wie sie alle heißen. Nach dem ACTA-Abkommen war es mit dem ACTA-Abkommen. Die Ausbeutung des Copyrights ist zu verlockend. Deshalb gibt es stets neue Versuche, so etwas im Rahmen völlig harmloser Handelsverträge einzuschmuggeln. Piraten wollen das ändern!

ATOMMÜLL IN DIE ERDE?

Was tun mit dem strahlenden Müll? Einfach verbuddeln?

Dann bleibt das giftige Material Millionen Jahre lebensgefährlich.

Vielleicht gibt es noch andere Lösungen. CC BY-SA JOHN MARTIN UNGAR

Er ist Chaos, ich bin Körperverletzung. Wir treten gemeinsam auf.“ Mel Gibson in „Lethal Weapon“. Leider treten wissenschaftliches Interesse und rhetorisches Geschick eher selten gemeinsam auf. Und so darf nicht verwundern, daß die Nuklearia als Arbeitsgemeinschaft der Piratenpartei Deutschland schon bei ihrer Gründung auf erheblichen Widerstand stieß. Das war vorhersehbar, denn: Leute, die sich für „Piratenpartei“ interessieren, haben sich auch mit „Atomkraft, nein danke“ beschäftigt. Und weil das Launch-Personal der Nuklearia stark physikerlastig daherkam, liess sich auch gleich die Sprache des Bösen identifizieren:

Eine Sprache, in der Wörter wie „Reaktor“ oder „Brennelement“ vorkommen. Das Ganze war also von großer Absehbarkeit.

Versteht mich richtig: Ich bin kein Fan von atomspaltungs-basierten Reaktoren, auch wenn es gute und plausible Gründe gibt, diese Position zu überdenken. Denn bei allem, was wir in und mit egal wie sicheren Reaktoren tun: Am Ende bleibt ein gemeingefährlicher Haufen strahlenden Mülls zurück. Da der Großteil des relevanten Mülls in den Brennstäben steckt, haben wir es mit

Und der bleibt nicht einfach so zurück. Der bleibt verdammt lange zurück.

Endlagerungszeiten von 300.000 Jahren und mehr zu tun. Daraus können wir für uns und jeden denkenden Menschen eine unbestreitbare Prämisse ableiten: Das Konzept „Endlagerung von Atommüll“ ist nicht mehr und nicht weniger als organisierte Verantwortungslosigkeit.

Hier kommt nun die Nuklearia ins Spiel, mit einem Konzept, dessen Vorzügen man sich nur schwer entziehen kann: Transmutation. Klingt alchemistisch. Ist es aber nicht – auch wenn Transmutation als Möglichkeit, aus Quecksilber Gold zu erbrüten, ins Gespräch kam. Für uns auf diesem kleinen Planeten und im Angesicht von 700.000 Tonnen radioaktiven Mülls weltweit (Stand 2010) ist ein anderes

Transmutationskonzept viel interessanter: Die Zerlegung von Uran und Transuranen in kleinere Elemente mit entschieden kürzerer Halbwertszeit.

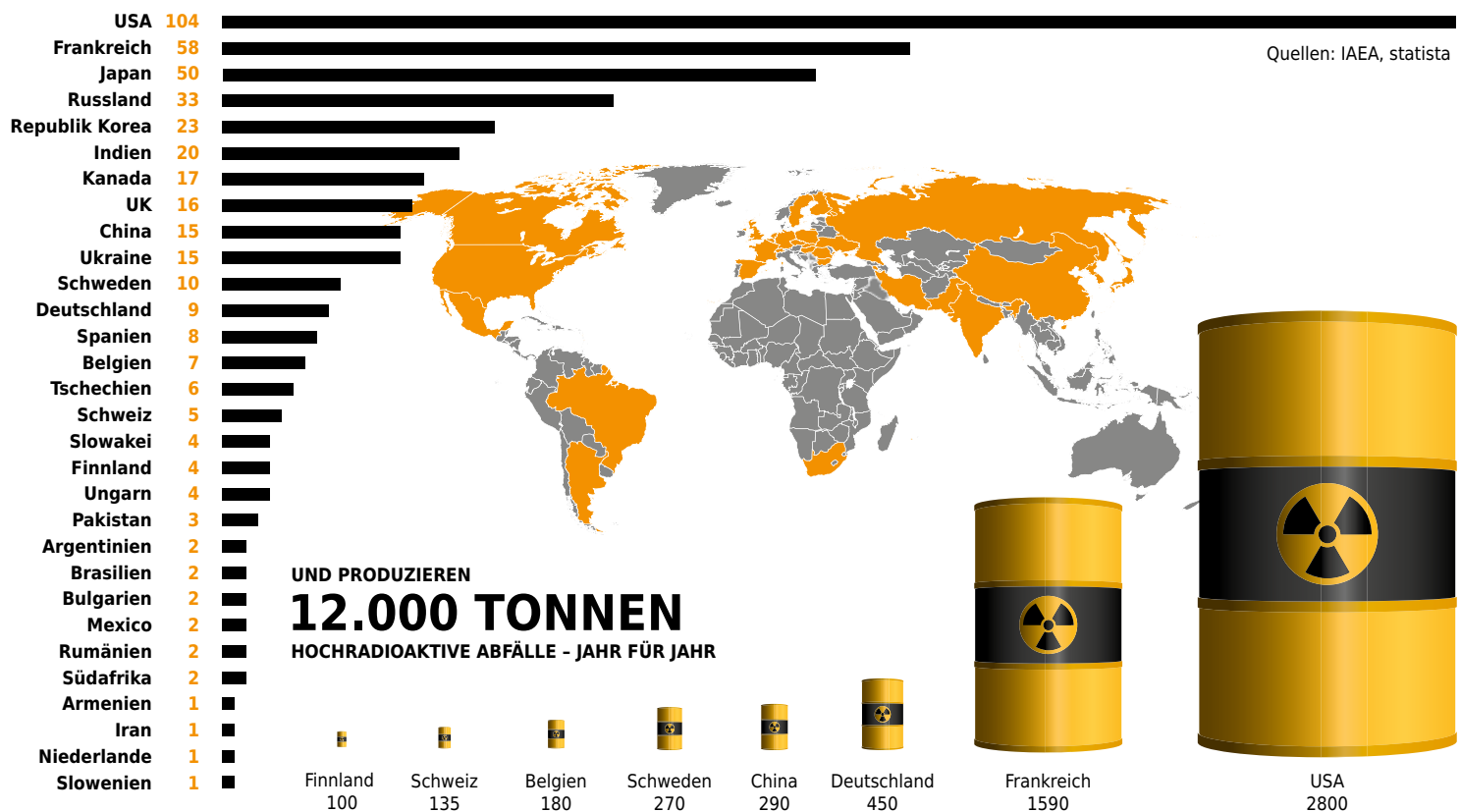
So könnten wir zu Lagerzeiten zwischen 500 und 800 Jahren gelangen. Ein überschaubarer Zeitraum – kaum länger, als der Kölner Dom als Baustelle durch die Geschichte trieb.

Aber was wissen wir über die Realisierungschancen dieser Transmutation? Um einen großindustriellen Produktionsprozess zu fordern: entschieden zu wenig. Vorliegende Konzepte wie der Spallationsreaktor sind niemals über das Experimentalstadium hinausgelangt. Erschwerend kommt hinzu, daß eine in den menschengemachten



404 REAKTOREN SIND IN KERNKRAFTWERKEN IN BETRIEB

STAND: SEPTEMBER 2012



DIE HALBWERTZEIT VERSCHIEDENER STOFFE IN JAHREN



Foto: CC-BY-NC-ND-cephir / Flickr

planetaren Untergang verliebte Politikergeneration das Transmutationsprinzip für etwas völlig anderes verwendete: Schnelle Brüter. Schnelle Brüter sind der kurze Weg zu großen Mengen bombenfähigen Plutoniums. Schließlich weiß man ja nie: Die 10-fache Zerstörung der kompletten Ökosphäre könnte nicht ausreichend sein ...

Kurz: Wir reden über Dinge, die zu einem erheblichen Teil schlichterding nicht gehen. Brüter wollen wir nicht und Spallatoren stehen nicht zur Verfügung. Was also tun? Als Heisenberg, Pauli, Dirac & Co die Quantenphysik in die Welt setzten, hat keiner von ihnen auch nur eine nutzbringende Anwendung für ihre neuen Erkenntnisse vorausgesehen.

Unsere Welt im 21. Jahrhundert wird aber bestimmt von der technischen Nutzung der Quantenphysik – ich sag mal: Tun-

neleffekte, Laser, LEDs: Wer möchte sich die Welt ohne Transistoren – egal wie viele heute auf einen Daumennagel passen – CDs, DVDs, Beamern, mobiler Telefonie, dem Internet und \$gehört auch noch auf die Liste vorstellen? Genau so liegen die Dinge bei der Lösung dieses widerwärtigen, weil extrem langfristigen Atommüllproblems. Wir können nicht vorhersehen, wie sich unsere Möglichkeiten in den nächsten 50, 100 Jahren weiter entwickeln werden.

Piratenpolitik, wenn sie richtig gut ist, ist durch wissenschaftliche Betrachtung und durch Pragmatismus gekennzeichnet.

Wir können nur vorhersehen, was passiert, wenn man ausgebrannte Brennstäbe nicht rückholbar endlagert: Sie stellen eine Gefahr dar für eine halbe Million Jahre.

Deshalb bleibt uns, nach den Regeln der Logik, nur eine Chance: ► Übergeben wir das unselige nukleare Erbe unserer Väter und Großväter an unsere Enkel und Urenkel in einer Weise, die ihnen die Chance offenhält, dieses Erbe zu entschärfen.

► Fordern und begleiten wir eine Forschungspolitik, die unseren Nachfahren für diese Aufgabe die Mittel an die Hand gibt Kurz gesagt: Lasst uns gegen jede Form von Endlagerung streiten. Was die Welt braucht, ist ein sicheres, rückholbares Zwischenlager. Nur so bleibt uns der Weg offen, unseren Planeten von dieser Halbmillionen-Jahre-Bürde zu befreien. ☢



Anträge auf dem Parteitag Das Einmaleins

Der Bundesparteitag 2012.2 am 24. und 25. November in Bochum steht für die PIRATEN ganz im Zeichen der Programmarbeit. Über 800 Anträge stehen im Antragsportal bereit. In Zusammenarbeit mit Flaschenpost-Onlinezeitung und Krähenest-Podcast stellen wir interessante Anträge vor.



Es gibt vier

WELCHE ANTRÄGE?

Es gibt vier verschiedene Sorten: Anträge für das Grundsatzprogramm, für das Wahlprogramm (durchnummeriert von PA001 bis PA656), beide Varianten konnten bis 26. Oktober eingereicht werden. 68 Anträge wollen die Satzung ändern oder ergänzen (SÄA001 bis SÄA068), auch hier Frist am 26.10. Sonstige Anträge (X001) können dagegen auch nach dem Parteitag eingereicht werden. Positionspapiere (ab P001) werden

WAS SIND DIE UNTERSCHIEDLICHEN ANTRÄGE?

Angefangen beim Grundsatzprogramm. Ins Grundsatzprogramm werden grundsätzliche Standpunkte eingetragen, sind also allgemeine Prinzipien, die die Ziele zu benennen. Im Wahlprogramm landen die konkret gefassten Forderungen. Zum Beispiel Standpunkte zu bestimmten Aktionen. Für Programmanträge ist eine Zweidrittel-Mehrheit nötig: das ist in Paragraph 9b festgelegt. Sonstige Anträge, die über eine Parteitag verfügen. Bei Programmanträgen geht es um die Satzung der Partei selbst. Hierzu ist dieses Jahr beispielsweise einiges im Antragsportal, etwa zur Veränderung der Mitgliedsbeiträge. Auch hier braucht es eine Zweidrittel-Mehrheit.

Alle anderen Entscheidungen auf dem Parteitag werden mit einfacher Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen beschlossen (Bun-

dessatzung Paragraph 9b Absatz 9): darunter fallen die in der Satzung unerwähnten Sonstigen Anträge (eben als Fallback für alles, was weder Programm- noch Satzungsänderung ist) und Positionspapiere, die in der Parteitags-Geschäftsordnung nur einmal erwähnt werden, und zwar als Rettungsmöglichkeit für gefallene Programmanträge: diese können nach der Wahl, die die Zweidrittelmehrheit erfordert, als Positionspapier eingereicht werden. Dafür reicht dann die einfache Mehrheit (Paragraph 16, Satz 2).

WAS SIND DIE UNTERSCHIEDLICHEN ANTRÄGE?

Der Parteitags-Geschäftsordnung sei Bedarf jederzeit geändert werden kann. Die Anträge gegenseitig. Erst mal nach einer Zustimmung reduziert. Danach wird, sofern es nicht anders gesagt wird, offen mit Ja oder Nein abgestimmt, mit einfacher Mehrheit. Ausnahme sind konkret notwendige 2/3 Mehrheiten (also doppelt so viele Ja- wie Nein-Stimmen) und geheime Abstimmungen (die jeder beantragen kann, es müssen mindestens 50 Piraten zustimmen). Ausgezählt wird das ganze je nach Sitzung. Bei Programmanträgen oder Wahlprogrammanträgen. Es lohnt sich, die Anträge abgestimmt werden. Es gibt nur

unverbindliche Vorschläge. Dem Parteitag steht es frei, zu Sitzungsbeginn diese Tagesordnungs-Vorschläge anzunehmen oder eben auch nicht: die Antragsreihenfolge zum Beispiel durch ein ad hoc ausgedachtes Verfahren in mehrstündiger, zeitraubender Arbeit auszuwürfeln. Im späteren Verlauf kann die Reihenfolge durchaus geändert werden: dazu reicht eine einfache Mehrheit, die je nach Stimmungslage schnell beisammen ist. In der Vergangenheit haben diese Nebenaktivitäten mehrere Stunden wertvolle Zeit gekostet, dies ist allerdings gerechtfertigt, denn ein Antrag wird so nicht abgestimmt oder eben aussichtsreich vorgezogen. Solche Tricks gehören im politischen Richtungsstreit einfach mit dazu. Also aufgepasst!

WAS MACHT DIE ANTRAGSKOMMISSION?

Die Antragskommission kümmert sich darum, eingehende Anträge zu sichten, konkurrierende oder sich ergänzende Anträge zu gruppieren und sie in der Form aufzubereiten. Sie arbeitet unterschiedliche Möglichkeiten aus, nach denen über die Anträge abgestimmt werden kann. Dazu gehört die Reihenfolge, die Struktur und einiges mehr. Diese Möglichkeiten werden zu Beginn des Bundesparteitages festgelegt. Natürlich hat auch jeder an der Möglichkeit, weitere Varianten vorzuschlagen. Informationen, wie genau Anträge eingereicht werden, sind auf der Seite des Piratenwikis-Antragsportal zu finden.

statt: gesagt -> beantragt

Das ist

beispielsweise streichen



SATZUNGSÄNDERUNGSANTRÄGE

Das recht interessante Thema der Mündigkeit und politischen Partizipation der Menschen und wann diese beginnt, ist bei den zwei Anträgen auf Änderung des Paragraph 2 der PIRATEN-Bundessatzung wieder aufgenommen worden. Diese Diskussion kam schon früher unter den etablierten Parteien auf. Bereits 1971 beschloss der Deutschlandtag der Jungen Union, das Eintrittsalter von 16 auf

14 Jahre herunter zu setzen. Auch die Julis (Junge FDP) setzen ihre Mitgliedschaft bei 14 Jahren an. Die Jusos (Jugendorganisation der SPD) und die Junge Linke kennen kein Mindestalter für die Mitgliedschaft. Viele Parteien haben allerdings eine Obergrenze, meist um die 30 herum, nach der man entweder rausfällt oder sich der „Erwachsenen-Partei“ zuwendet. Zwei Anträge beschäftigen sich

mit dieser Frage aus Sicht der Piratenpartei. Der Satzungsänderungsantrag SÄA007 sieht vor, dass jeder ohne Altersbeschränkung Mitglied werden kann, SÄA006 setzt ein Alter von 14 Jahren als Voraussetzung zum Beitritt an. Interessant ist auch der Antrag SÄA021 zur Neueinführung einer Karenzzeit. Diese umfasst ein Jahr Zeitspanne zwischen der ordentlichen Beendigung eines Amtes

oder Mandats in einer anderen Partei bis zur Aufnahme in die Piratenpartei.

Der Antrag SÄA009 fordert das Hinzufügen eines klaren Bekenntnisses zur Unvereinbarkeit rassistischer Tendenzen mit der Einstellung der Piratenpartei. Einsendeschluss für Änderungsanträge zur Satzung war der 26. Oktober 2012.

mit CC-Material von der Flaschenpost

PA227 | ALG-II/Hartz-IV
Wahlprogramm

WEITER GERICHTSKOSTEN FÜR ARME

Soziales Der Weg zum guten Recht wird schwer, wenn man ihn sich nicht leisten kann. Deshalb gibt es für Bedürftige den Anwalt und Gerichtskosten mehr oder weniger zum Nulltarif: bisher jedenfalls. Über die Gewährung von Prozesskostenhilfe und die Zuschußmodalitäten, also ob 100 Prozent anfallen oder gegen Zahlung von Raten, wird, entscheiden die Gerichte in der Einkommenslage. Doch die Bundesregierung bemüht sich zur Vermeidung des sogenannten Armenrechts für sozial schwache Mitbürger massiv zu vereinfachen und zwar so, dass neue Eingangsbeiträge wesentlich erschweren, die im Prozess noch in Anspruch genommen werden. PA227 steht dagegen: ins Wahlprogramm soll die Ablehnung der Neuregelung des bestehenden Gesetz ist danach zu überarbeiten.

Sozialpiraten

(stm)

PA238 | ALG-II/Hartz-IV
Wahlprogramm

MEHR-EURO-JOBS

Gehaltschancen Die berühmten Arbeitsgelegenheiten haben eine längere Geschichte. Schon zu Zeiten der alten Sozialhilfe gab es sie in sehr geringem Umfang und wenigen Wochen Dauer. Mit den Hartz-IV-Reformen wurden diese Billigjobs deutlich gängiger, typischerweise 20 bis höchstens 30 Wochenstunden und maximal 12 Monate lang. Den Euro gibts pro Stunde, für marktferne Helferjobs bei der Stadtreinigung, Krankenpflege und so weiter. Eher eine Sackgasse! PA238 möchte so, wie bereits im NRW Landes-Wahlprogramm, die Ein-Euro-Jobs wegen vielfältiger Probleme und Mißbrauch aussetzen. Stattdessen sollen echte qualifizierende Maßnahmen her, die reale Chancen auf den ersten Arbeitsmarkt bieten. Außerdem soll die als „Strafarbeit“ erlebte Rechtlosigkeit der Eurojobber wegfallen.

Sozialpiraten

(stm)

PA017 | Bauen und
Wahlprogramm

EIN HERZ FÜR MOFA-FÄHIGKEIT

Kennzeichen länger gültig Motorroller und Mofas, oder auch manche Rollstühle und in Zukunft immer mehr e-bikes haben sie die zulassungsfreie Fahrt mit dem kleinen, quadratischen Versicherungskennzeichen. Dort, bei der Versicherung, holt man es sich direkt. Anders als bei Autos und größeren Motorrädern gibt es weder Zulassung noch TÜV. Doch jedes Jahr braucht es ein neues. Und wer am Stichtag unterwegs ist, muss pünktlich um Mitternacht anhalten, Schraubendreher auspacken und das neue Kennzeichen an die Fuhre montieren. Ein Unding, wie dieser Antrag PA017 findet: besser wäre es, wenn die Verkehrsjahre sich um eine Woche überschneiden. Dies soll an geeigneter Stelle im Bundeswahlprogramm stehen. Im Liquid Feedback waren 79 Prozent dafür.

Lars Reineke

(stm)

PA150 | Bildung und Forschung
Wahlprogramm

BILDUNGSWÄHRUNG FÜR KINDER

Schulgeld vom Staat Mit diesem reichlich esoterisch anmutenden Antrag will die „AG Gemeinwohlökonomie“ – besteht die eigentlich aus mehr als einer Person? die Forderung nach einer Parallelwährung in das Programm der Piratenpartei transportieren, um die „Bildungsgerechtigkeit und Chancengleichheit für sozial schwache Kinder“ zu verbessern. Warum das damit besser gehen soll als mit herkömmlichem Geld – insbesondere wo man doch laut Text sogar spätere Auslandsaufenthalte damit ansparen können soll – bleibt in der mit jeder Menge schwammiger Sozial-Lyrik verbrämten Begründung völlig unklar.

AG Gemeinwohlökonomie

(rad)

PA278 | Bildung und Forschung
Wahlprogramm

KITA AB DEM ERSTEN GEBURTSTAG

Guter Start Dieser Antrag des AK Bildungspolitik NRW beinhaltet zahlreiche detaillierte Forderungen, um vor Beginn der Schullaufbahn durch frühkindliche Bildung bei jedem Kind möglichst gute Bildungsvoraussetzungen zu schaffen. Beitragsfreie Betreuung in wohnort- oder arbeitsplatznahen Kitas ab dem ersten Geburtstag ohne irgendwelche, speziell konfessionelle, Zugangsbeschränkungen, Unterstützung armer Kommunen durch Land und Bund, die Vermeidung langer Schließungszeiten und Betreuungslücken durch lokale Vernetzung sowie ein höherer Anteil an akademisch gebildetem Personal und dessen verantwortungsgerechte Bezahlung insgesamt sind die Kernforderungen.

AK Bildungspolitik NRW

(rad)

quadratische
n raus

Forschung

SELBST AB KLASSE 6

Selbstverteidigung Dieser Antrag beinhaltet die Forderung nach einheitlichen, öffentlich finanzierten Selbstverteidigungskursen im Sportunterricht ab Klasse 6. Die durch Ausbilder der Polizeischulen im Rahmen der Präventivarbeit gegen Gewalt an Schulen durchzuführenden Kurse sollen Kinder befähigen, in Notsituationen angemessen zu handeln und sich selbst zu verteidigen. Dass es hierbei um Missbrauchsprävention geht und nicht um Förderung von Raufbolden, erfährt der Leser leider erst in der Antragsbegründung, die später im Programmtext dann wegfällt.

Willi67 und

Mirjam Sturmman-Püttcher

(rad)

PA433 | Bildung und Forschung
Wahlprogramm

LERNEN VON GEBURT AN

Kindergarten Die Bundesregierung ist dabei, das Betreuungsgeld zu verabschieden; die Mitglieder der Piratenpartei sehen die Elementarbildung differenzierter. Schon im ersten Textblock des Wahlprogramms zur Bildung soll stehen: „Der Bildungsprozess eines Menschen beginnt mit seiner Geburt.“ So formuliert Antrag PA433. Die Stärkung der sprachlichen und motorischen Förderung der Kinder in Kindergärten in PA278 ist ein Beispiel der Forderungen der Piraten nach (mehr) Bildung im Elementarbereich. Auch in der Tagespflege muss Bildung nach Auffassung der Piratenpartei vermittelt werden, nachzulesen in PA369. Ein verpflichtendes letztes Kindergartenjahr wird in PA312 gefordert; dieser Antrag rundet die Elementarbildung zur Schule hin ab.

Masch,

(masch)

PA595 | Bildung und Forschung
Wahlprogramm

DIGITALE LEHRMATERIALPLATTFORM

Schulbuch 2.0 Der wortreiche Antrag fordert in weitschweifigen Formulierungen, eine übergreifende, interaktive Plattform einzurichten beziehungsweise existierende Foren zu fördern, die es Lehrern gestatten, untereinander selbst erstellte Lernmaterialien wie Arbeitsblätter oder informative Artikel auszutauschen. Die Qualitätssicherung dieses Materials wird nur gestreift, Fragen der Lizenzierung des Materials sowie der Finanzierung der Plattform trotz des vergleichsweise länglichen Umfangs völlig ausgeklammert.

Roghetti

(rad)



PA535 | Datenschutz Wahlprogramm

WEG MIT DER „GESUNDHEITSKART“

Sensible Daten Die Gesundheitskarte sollte die Möglichkeiten und die Gesundheitskarte sollte die eingeführte Krankenversicherung in Deutschland ersetzen. Doch wurde daraus nichts: seit bald 6 Jahren ist die schlaue Karte in der Schwebe. Die Meinung der Piraten ist eindeutig: Sie richten sich gegen jede Vorratsdatenspeicherung und Datenbanken mit sensibelsten Daten von über 80 Millionen Menschen. Ein Missbrauch kann nie ausgeschlossen werden. Da es sich um höchst sensible nationale Krankenakten handelt, ist die Ablehnung der ungesunden Speicherkarte von größter Wichtigkeit. Ein medizinischer Nutzen ist bisher nicht erwiesen. Die Risiken sind aber sehr wohl real. Systeme in Arztpraxen sind oft voller Einfallstore, das erhöht die Risiken auf Datenlecks. Aus all diesen Erwägungen heraus lehnt PA525 die Gesundheitskarte ab. Das soll ins Bundeswahlprogramm.

Jan Schejbal

(stm)

PA212 | Drogen Wahlprogramm

JA ZUM E-ZIGARETTEN RAUCHEN

E-Zigaretten E-Zigaretten in Deutschland benutzte Zigarette als Genussmittel. E-Zigaretten betriebener Verdampfer sind dem Lieblings-„Liquid“ in zig Geschmacksvarianten. Im Kompass 2012.1 haben wir über die Anfeindungen gegen die „Dampferfreunde“ berichtet. E-Zigaretten-Liquids bestehen aus einer Trägersubstanz wie Propylenglykol und Aromen und können, müssen aber nicht, zusätzlich die Raucherdroge Nikotin enthalten. Bei der Verdampfung in der E-Zigarette entstehen aber weder Rauch noch nach derzeitigem Wissenstand andere, für Dritte schädliche Emissionen. Doch auch das elektrische

Seit
fast

(große
s S)

In
NRW

Rauchen steht im Fokus der Raucher- gesetzgebung: in NRW soll es im Zuge der Novelle gleich mit verboten werden. Eine typische grüne Bevormundung! Für einen angemessenen Konsens setzt sich die AG Drogenpolitik ein. Antrag PA212 wendet sich gegen Gleichstellung mit traditionellem Rauchen, also gegen Verbote. Nur dort, wo zwangs Jugend- und Verbraucherschutz-Regelungen nötig sind, sollen sie im Gesetz.

AG Drogenpolitik

PA220 | Drogen Wahlprogramm

CANNABOID FORTE

Rauschtherapie auf Rezept aber nur: In jüngster Zeit nehmen Forscher die medizinischen Wirkungen vom Hanferzeugnis ins Visier. Man nehme Cannabis gegen Übelkeit, Erbrechen, Depression und zur Schmerzlinderung als Krebs-, MS- oder Morbus-Crohn-Patient. Seit Mai 2011 ist Cannabis auch in Deutschland zur Arzneimittelherstellung erlaubt, gibts in Fertigarzneimitteln auf Rezept. Warum dann noch ein Antrag PA220, der „Cannabis als Medikament“ fordert? Weil es in der Praxis noch nicht so richtig fluppt, denn das Betäubungsmittelgesetz gibt es auch noch. So kommt der reine Stoff erst nach kompliziertem Antrag per Rezept. Der AG Drogenpolitik geht es darum, diese und weitere Hürden abzubauen und die vielversprechende Cannabis-Therapie anderen verschreibungspflichtigen Medikamenten gleichzustellen.

AG Drogenpolitik

(stm)

PA036 | Europa Wahlprogramm

EUROPAWEIT NIE WIEDER SOMMERZEIT/WINTERZEIT

Update Es gibt viele inzwischen obsolete Begründungen für die Zeitumstellung. Wahrscheinlich existiert sie nur noch aufgrund von Kompetenzschieberei zwischen EU und

Bundestag. Es scheint sich keiner zuständig zu fühlen, und viele Bürger müssen darunter leiden. Sei es durch vermehrte Verkehrs- und Wildunfälle, durch gesundheitliche Gefahren oder durch volkswirtschaftliche Schäden. Mit immer mehr energiesparender Beleuchtung entfällt sogar die Begründung einer angeblichen Energieeinsparung.

AG Zeitfeststellung

(ulrics)

PA277 | Freiheit und Grundrechte Wahlprogramm

FREIE DIGITALE NETZE

Grundgesetz-Update In digitalen Netzwerken findet heute ein nicht unwesentlicher Teil der Meinungsbildung und bei Piraten auch der politischen Arbeit statt. Dem gegenüber stehen allerlei Versuche, diese Freiheit einzuschränken. Sei es durch Ausbremsen von Datenpaketen, Sperren von Information oder Abmahnwahn. Die Piratenpartei Deutschland setzt sich für die Erweiterung des Grundgesetz-Artikel 5.1 ein. Artikel 5 (1) Jeder hat das Recht, in Wort, Schrift und Bild zu verbreiten und in öffentlichen Quellen zu verbreiten. Die Pressefreiheit ist eine Berichterstattung und digitale Netzwerke. Eine Zensur findet nicht statt. Eine praktische rechtliche Wirkung nicht allzugroß sein wird, ist es doch ein symbolträchtiger Meilenstein, wenn diese Änderung dank PA277 kommt. Und im Gegensatz zu anderen Anträgen kostet er nichts und bringt viel. 80 Prozent Liquid-Feedback-Abstimmer sehen das genauso und wollen ihn im Wahlprogramm sehen.

Berthold Weber

(stm)

allzu groß





PA331 | Gesundheit
Grundsatzprogramm

GRUNDSÄTZLICH WIRKSAMER NICHTRAUCHERSCHUTZ

Passivrauch mit Kompromiss Aus drei ähnlichen Anträgen ging im Lique Feedback dieser PA331 mit 75 Prozent klarer Gewinner hervor. Ein hochumkämpftes Thema ist der Nichtraucherschutz, aber auch das althergebrachte Recht auf Rauchen. Gleich ins Grundsatzprogramm soll ein wirksamer Nichtraucherschutz gehoben werden, „der ein gesellschaftliches Miteinander von Nichtrauchern und Rauchern anstrebt und niemanden von der Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ausschließt oder unverhältnismäßig in der persönlichen Entfaltung beschneidet.“ Konkret gibt es dann Rauchverbote in geschlossenen Räumen mit Ausnahmen: Raucherräume in Gaststätten, Raucher kneipen in kleinen Eckkneipen bleiben möglich. Was mit der E-Zigarette gestattet ist, bleibt in PA331 offen. Dazu schweigt er sich aus.

AG Nichtraucherschutz

(stm)

PA375 | Gleichberechtigung
und Chancengleichheit
Wahlprogramm

GESTÄRKTE SEXARBEITER

Freie Berufswahl Halblegal ist der Rechtsrahmen, in dem bei uns Prostitution stattfindet. Kein Zustand, denn das älteste Gewerbe floriert überall auf der Welt, auch dort, wo es streng verboten und hoch bestraft wird. Überkommene Moralvorstellungen, Gewaltmythen und Vorurteile verhindern bisher in Deutschland, die Sexarbeit zu entkriminalisieren. Hier möchte PA375 im Bundeswahlprogramm klarstellen, dass auch für Tätige in diesem Bereich das Recht auf freie Berufswahl und sexuelle Selbstbestimmung gilt. Alle Sonderregelungen rund um die käufliche Liebe sollen auf den Prüfstand. Im Ergebnis gewähren neue Rechte eine freie und ungehinderte Berufsausübung – eben so, wie es für alle anderen Erwerbstätigen völlig selbstverständlich ist.

diverse Piraten

(stm)

hoch umkämpf-

GENPFLANZEN NICHT IN DEUTSCHLAND

Roundup-Roundup Der Antrag PA085 lehnt die so genannte „grüne“ Gentechnik ab, also die genetische Manipulation von Pflanzen, um zum Beispiel gezielt „Überlebensgene“ gegen bestimmte Pflanzenschutzmittel zu erzeugen. Das trifft Agrarchemieriesen wie Monsanto mit seiner Roundup-Produktlinie, die nur firmeneigenen Genmais auf dem Acker leben lässt. Bekannt sind diese Firmen für ihre aggressive Rechtsdurchsetzung. Zahlreiche unfreiwillige „Saatgutpiraten“/US-Farmer haben irre Prozesskosten in den Ruin getrieben. Und die Evolution schläft nicht: Nahe der Roundup-Felder wuchern Super-Unkräuter, die alles herkömmliche Pflanzenleben auslösen. Das zum Wohle des massengefertigten Industriefraß mit Einheitsgeschmack, unbekannten Risiken und Nebenwirkungen. Nein danke: PA085 setzt auf traditionelle Sorten und nachhaltigen Anbau. Vielfalt schafft Sicherheit und Lebensqualität. Das gilt auch für die Nutztiere.

AG Landwirtschaft

PA532 | Medien
Wahlprogramm

STEUERN STATT

Öffentlicher Rundfunk Es ist ein Wunder, dass es in sich hat: die bisherige Finanzierung von ARD, ZDF und Co. über die Gebühren-einzugszentrale der öffentlich-rechtlichen Sender (GEZ) möge abgeschafft werden. Stattdessen soll er aus dem allgemeinen Steueraufkommen finanziert werden. Zwar steht dem die viel beschworene Staatsferne entgegen. Doch mit der neuen Haushaltsabgabe für jede Wohnung wird die GEZ-Finanzierung sowieso immer steuerähnlicher. Politik regiert, über sorgsame Personalent-

staltungen, eh in den Rundfunkbetrieb hinein. Dann wohl Staatsfunk ohne Wenn und Aber, wenn man PA532 zustimmen möchte.

Andreas Guckert

(stm)

PA617 | Pflege
Grundsatzprogramm

PFLEGE IN WÜRDE

Grundsätzliches Verbesserung der Lebensqualität von pflegebedürftigen Menschen und Arbeitszufriedenheit des Pflegepersonals möchte dieser modulare Antrag ins Grundsatzprogramm der Piraten einfügen. Modulare Anträge stehen entweder komplett oder in ihren Einzelmodulen zur Abstimmung an. Modul 1 möchte Pflege aufwerten und mit anderen Bereichen des Gesundheitssystem gleichstellen. Modul 2 kümmert sich um die Lebensqualität, will das überzogene Qualitätsmanagement durch ein sogenanntes Gegenstromverfahren ersetzen, das Wünschen der Pflegekunden und Entscheidungen der Pflegefachkräfte mehr Gewicht einräumt. Modul 3 setzt sich für bessere Arbeitsbedingungen ein. Modul 4 möchte die Schnittstellen zu anderen Fachbereichen rund um die Pflege klären. Modul 5 schließlich will der Reha die entscheidende Bedeutung zuweisen.

AG Gesundheit

(stm)

PA617 | Sicherheitspolitik
Wahlprogramm

VOLKSABSTIMMUNG STOPPT AUSLANDSEINSATZ

Bundeswehr In einer Demokratie ist der kriegerische Einsatz stets umstritten. Militär ist das letzte Mittel, wenn sich die Meinung durchsetzt, dass sonst nichts mehr hilft. In Zukunft sollen nur Missionen gestartet werden, die einen klaren Auftrag an die Truppe mit erreichbaren Zielen haben. Bisher durfte sich hierzulande das Volk höchstens in Meinungsumfragen zu Wort

hat: Die

melden. Der vom Büroger mit Marszen die ei z

Politik, die der Bürger in den gänzen ab

13 Zeilen raus - dafür in 3. Spalte am Ende neuen PA444 rein aus der Notiz

Im Einzeljedlichen G chen, religiöse Gebäu den zu entfe und einen neutralen Eid anzubiete Der Schulunterricht soll von religiösen Elementen entkernt werden, angefangen beim Schulgebet. Auch die althergebrachten Staatszahlungen an Kirchen sollen per Gesetz abgelöst sein.

Klerikergehälter kommen nicht mehr aus der Staatskasse, es verbleibt lediglich das Gemeinnützigkeits-Privileg im Steuerrecht, wie es auch für Vereine aller Art gängig ist. Vereinsrecht ist dann auch für alles weitere angesagt, denn die Religionsgemeinschaft als Körperschaft des öffentlichen Rechts gibt es dann nicht mehr. Theologische Lehrstühle werden umgewidmet, in den Kirchenfirmen herrscht das allgemeine Recht für Arbeitnehmer. Militärseelsorge wird eingeschränkt, Kirchenredaktionen bei den Öffentlich-rechtlichen Sendern entfallen, stille Feiertage mit ihrem Ruhezwang entfallen und religiöse Feiertage werden zu gesetzlichem Urlaub, den Arbeitnehmer frei verteilen können.

Florian Zumkeller-Quast, Norbert Hense (stm)

PA188 | Umwelt Wahlprogramm

SCHULTERSCHLUSS: MEHRERE UMWELTPOLITISCHE ZIELE IN EINEM ANTRAG!

Synergien Nach monatelanger Vorbereitung und viel Überzeugungsarbeit gelang es, dass Piraten-Arbeitsgemeinschaften mit den unterschiedlichsten thematischen Ansätzen in überschneidenden Themenfeldern

sich zusammen getan haben, um miteinander einen Antrag für Bochum zu schreiben. Es waren AG Nachhaltigkeit, AG Umwelt, AG Energiepolitik, die AntiAtomPiraten, AG Landwirtschaft, AG Bauen und Verkehr und AG Tierrecht. Die übergreifende Aktionsgemeinschaft Schulterschluss hat es letztendlich geschafft und einen runden Beitrag zu Umwelt vorgelegt. Sinn ist, gemeinsamen Arbeit zu unser Wahlprogramm gleichzeitig auch die knappen des Parteitag entlasten. In Stichworten: ja zur dezentralen Energieversorgung, Atomausstieg, Atommüll verantwortungsvoll geeignet lagern, Forderung nach Klimaschutzgesetzgebung, Bergrecht abschaffen, Recht auf eigenen Trinkwasserbrunnen, qualifizierter Mietspiegel flächendeckend, keine privaten Verkehrsprojekte, fahrscheinloser ÖPNV, mehr übergreifende Raumplanung, Stärkung der Landwirtschaft auch für kleine Betriebe, gegen Massentierhaltung, gegen Gen-Pflanzen, neubewertete Agrarsubventionen, Verbandsklagen für Tierschützer, regulierte Nutztierhaltung, keine Tierversuche im nichtmedizinischen Bereich, Verbraucher- und Datenschutz.

viele Antragssteller

(stm)

Anzeige

ambition



Oliver Wenzlaff

Piratenkommunikation

Was die Eliten in Politik und Wirtschaft von den Piraten lernen können

KLARTEXT!

Piraten sagen: „Hier haben wir noch keine Position.“ Andere Parteien meinen dasselbe, sagen aber: „Wir haben sehr lange diskutiert. Wir haben Fortschritte erzielt und sind uns bereits in vielen Punkten einig. Bevor wir Ergebnisse präsentieren, müssen wir uns aber noch einmal abschließend zusammensetzen.“

Oliver Wenzlaff – Piratenkommunikation.
Das erste Sachbuch über die Sprache der Piratenpartei
Mit Interviews von Andreas Baum, Simon Kowalewski,
Martin Delius und Thomas Brück

€ 24,99

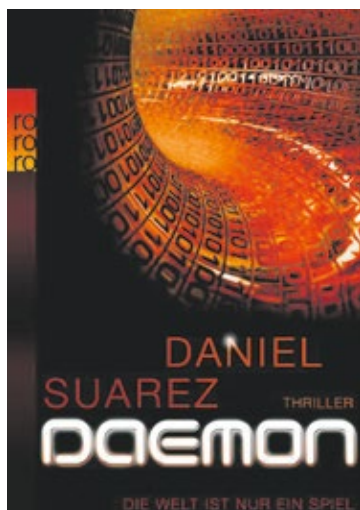
ISBN 978-3-942821-17-9

Auszüge lesen & versandkostenfrei bestellen:
www.ambition-verlag.de

Buch- und Medientipps

ZUSAMMENGESTELLT VON
STEFAN MÜLLER CC-0

Buchtipps



Technothriller hoch 3

Daniel Suarez

Ungewöhnlich technisch perfekte Technothriller, das ist mittlerweile das Markenzeichen von US-Autor Daniel Suarez. Der 1964 geborene ehemalige Consultant im Rüstungs- und Hochtechnologiesektor schreibt dicht an der bleeding edge, bringt Szenarien in Romanform, die so in Kürze über uns hereinbrechen könnten. Drei Bücher möchte ich hier kurz vorstellen.

Daemon, sein erster großer Thriller, erschien zuerst 2006 in seinem Eigenverlag Verdugo Press. Der hochgeniale Computer-Entwickler Sobol und erweckt einen computer-Dämon, der sich über das Internet verbreitet und im Netz, dann zu menschlichen und rekrutiert. Geringeres als eine, automatisierte Parallelgesellschaft mit sonderbaren, furchterregenden Möglichkeiten. Doch die Eliten nehmen den Kampf auf. Alles läuft auf einen blutigen, real/virtuellen Showdown mit ultimativen High-tech-Waffen zu. Eine Verfilmung ist im Gespräch.

Im Fortsetzungsroman Freedom, auf Deutsch unter dem Titel „Darknet“ erschienen, ist der Daemon auf jedem Rechner irgendwie präsent. Über das abgesicherte Darknet steuert er

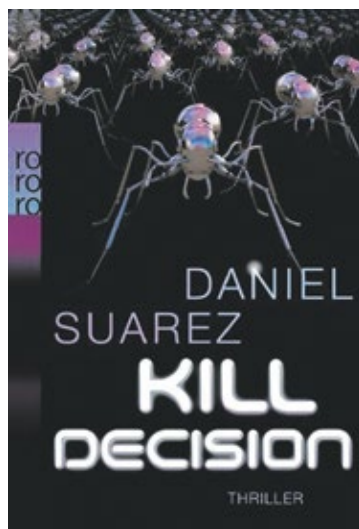
seine menschlichen Hilfskräfte – und diese steuern den Daemon! Die reale Welt steht am Abgrund. Die Wirtschaft kollabiert, Privatarmeen haben das Sagen. In dieser sterbenden Zivilisation wird Detektiv Peter Sebek auf ein entscheidendes Abenteuer geschickt, in dem es um nichts anderes als die Freiheit der Menschheit geht.

Hot off the press ist Kill Decision, ein Military Science Fiction-Roman aus einer Welt wenige Monate in der Zukunft. Autonome Drohnenkriegsführung ist der neue Rüstungshit. Massenhaft aus Billigstkomponenten zusammengedengelte Tötungsmaschinen warten auf den Startbefehl. Skrupellose Waffenhändler wollen den vollautomatischen Krieg verkaufen und bereiten dazu einen äußerst blutigen Praxistest vor.

Alle drei Romane sind echte page turner und gehen unter die Haut. Ich habe sie alle im englischen Original gelesen. In Deutschland sind die Romane bei rororo erschienen. Die ersten Kapitel können auf der Autorwebseite kostenfrei angelesen werden.

Die drei vorgestellten Bücher von Daniel Suarez in deutscher Übersetzung: **Teil 1 Daemon**, 2011, ISBN 3499256436, und **Teil 2 Darknet**, 2011, ISBN 3499252449 je 9,99 Euro; **Kill Decision**, 2012, ISBN 3499259184, 12 Euro. Alle erschienen bei rororo

<http://thedaemon.com/>



Podcast

Netztechn Internet ru

Wie funktioniert das? Was passiert? Diese Fragen werden umfassendst geklärt. In CRE197 geht es um das neueste Internet-Protokoll IPv6 <http://cre.fm/cre197> und welche konkreten Änderungen damit einhergehen. Im Gespräch mit Tim Pritlove erläutert Clemens Schrimpe die notwendigen Grundlagen und Vorteile. Viel Zeit bleibt nicht, die ersten Provider stehen mit der Internet-Version Nr. 6 schon in den Startlöchern. Als Ergänzung lohnt sich CRE191 „Internet im Festnetz“, zu hören unter:

<https://cre.fm/cre191>

Krähenest

Themen nicht nur aus NRW

Einen erheblichen Ausstoß hat das Podcast-Team aus dem „Krähenest“. Fast jeden Tag sind zwei bis drei neue Beiträge hörbar. Deshalb gibt es Themen-Podcasts, gesprochene Pressemeldungen und Sitzungsmitschnitte in drei getrennten Abo-Feeds, der besten Art und Weise, automatisch neue Folgen aufs mobile Endgerät zu bekommen und sich das dann beim Joggen oder in toten Zeiten wie langen Fahrten in Auto oder Straßenbahn anzuhören. Auf der Krähenest-Homepage steht alles weitere:

<http://kraehennest.piratenpartei-nrw.de>

Kurz vorgestellt

Smartbook

Es funktioniert immer, selbst nach einem Atomkrieg... die Rede ist von Innovation, dem „Smartbook“ eine byte-Datenbank zu teuer und unersetzbar. Ganze 32 „Apps“ verbergen sich zwischen den abgerundeten Buchdeckeln hinter

ausgehen

glänzenden Seiten: da „Smartbook“ aus nichts als Papier, man kann es versenden (Buchseiten, beschriften, und sogar falten), die Uhr wie eine Sonnenuhr zum Selberbasteln. Fantastische Möglichkeiten warten darauf, immer wieder neu entdeckt zu werden. Mehrere Games wie die Tic Tac Toe-Maschine sorgen für gute Unterhaltung. Da macht der „Akku“ schnell schlapp: doch keine Angst, mit einer patentierten Ladefunktion ist das Smartbook wieder bereit für neue Abenteuer. Eine wunderschöne Geschenkidee, Kreativdusche und Entschleunigung für alle, die im mobilen Netz leben.

Marcel-André Casasola-Merkle, Agnes Lison: Smartbook, Süddeutsche Zeitung, 2012, ISBN 3864970245, 15 Euro.

in eigener Sache

Piratenzeitung Kompass zum Download



Das Kompass-Team hat nun schon sieben gedruckte Ausgaben vorgelegt: ACTA, Wutbürger, INDECT, VDS, Leistungsschutz, Transparenz, Telefonterror, Datenschutz für den Hausgebrauch und vieles mehr haben wir auf über 150 Seiten behandelt. Wer einmal ein Heft verpasst hat, kann sich jede Ausgabe als PDF herunterladen.

<http://kompass.im/kompass-archiv>

Volle

Gerin
geres

Außen- und Europapolitik in Potsdam

Erleuchtend: Das Besucherzentrum im Europäischen Parlament

Immer mehr Entscheidungen werden auf europäischer Ebene getroffen. Dieses Jahr starteten Piraten mit mehreren Aktivitäten in die internationale und europäische Politik

Am 28. und 29. Juli diesen Jahres fand unter der Regie der AG Außen- und Sicherheitspolitik die 2. Potsdamer Konferenz statt. Was ursprünglich als jährliches Reallife-Treffen der AG begann, wurde zu einer Konferenz aller außen- und europapolitisch Interessierten in der Piratenpartei entwickelt: „Piraten stehen, als Menschen- und Bürgerrechtspartei, in der Außenpolitik für ein verantwortungsvolles globales Handeln,“ so kommentierte es der Hauptkoordinator Fotios Amanatides (@DosOz42) zusammenfassend.

Durch die tatkräftige Unterstützung des Landesverbandes Brandenburg hat die AG eine Konferenz mit einer Vielzahl von Themenfeldern organisiert, die einen regen Zulauf verzeichnen konnte. Über ein kleines Tagungsgeld von 20 Euro pro Person konnte die Konferenz kostendeckend finanziert werden. Die mediale Wahrnehmung lag bei circa 130 Artikeln bundesweit und die Berichterstattung in den Tagesthemen der ARD und im heute Journal des ZDF sorgte für eine zusätzliche Reichweite. Gäste der Konferenz waren neben Mitgliedern verschiedener europäischer Piratenparteien auch Vertreter der polnischen und japanischen Piratenpartei. Die grundsätzliche Zielsetzung der AG ist es, im nächsten Jahr, ein breites Spektrum an Themen zu behandeln. Diese bestehen aus klassischen Antragsfeldern und neuen Arbeitsgruppen: So konnte beispielsweise der 6-Punkte-Grundsatz-Programmantrag

abschließend bearbeitet und vorgestellt werden. Zum anderen wurden Vorträge und Diskussionsrunden im Plenum zu aktuellen Themen organisiert, aus denen zukünftige Programmanträge entstehen, wie zum Beispiel die Themen Afghanistan und Cyberwar. Im Verlauf der Konferenz wurde die AG Entwicklungspolitik gegründet, die bereits konkrete Zielvorstellungen formuliert hat. Die ersten Gespräche zur Organisation der 3. Potsdamer Konferenz in 2013 haben bereits stattgefunden.

AG EUROPA

Die Arbeitsgemeinschaft Europa innerhalb der deutschen Piratenpartei konnte neben fachlichen Beiträgen zur Europäischen Bürgerinitiative und Europa 2.0 weitere Ergebnisse erarbeiten. Ende September war die AG Mitinitiatorin der 1. Europa- und Wirtschaftskonferenz (EuWiKon) in Essen. Aus den Abstimmungen im Liquid über die fünf Zukunftsmodelle für Europa, die die AG gemeinsam erarbeitet hat, ließ sich ganz klar ableiten, daß die Piraten pro Europa sind. Die Modelle „Auflösung der EU“ und „Zentralistischer Europäischer Superstaat“ schafften das Quorum nicht. Die verbliebenen Modelle sind daher durch die AG Europa einer intensiveren Modellanalyse unterzogen worden, woraus dem Bundesparteitag unterschiedliche Anträge zur Entscheidung vorgelegt werden. Die AG Europa hat desweiteren einen Antrag für das Grundsatzprogramm erarbeitet, der auch als Präambel für das Bundestagswahlprogramm

zur Europapolitik taugt und auf dem Bundesparteitag in Bochum vorgestellt wird. Eine Grundlage weiterer Anträge bilden die Einberufung eines Verfassungskonvents und die Forderung nach mehr Demokratie und Mitbestimmung. Weitere Anträge beschäftigen sich mit den Rechten von Kommission, Rat oder Judikative, sowie mit der Kompetenzverteilung in der EU: Stichwort Subsidiaritätsprinzip. Die AG Europa trifft sich jeden zweiten Mittwoch im „Mumble-NRW“. Das ist ein Telekonferenzsystem, das jeder kostenlos über das Internet nutzen kann. Eine Anleitung findet man hier:

<http://wiki.piratenpartei.de/NRW:Mumble-Server>

GRÜNDUNG DER PPEU

Parallel zur 2. Potsdamer Konferenz trafen sich Interessierte, um die Gründung der europäischen Piratenpartei (PPEU) voranzutreiben. Auf dem Programm standen Kernthemen wie Zielsetzung, Kompetenzen, Pflichten und Rechte der neuen Organisation. Piraten aus mehr als einem halben Dutzend Ländern waren vertreten und brachten konstruktiv und ohne den sonst bekannten Formalismus ihre Ideen für eine gemeinschaftliche Organisation ein. Die Ergebnisse wie auch weitere Informationen über den aktuellen Stand der Entwicklungen sind unter <http://wiki.ppeu.net> einsehbar. Ansprechpartner und Beauftragte des Bundesvorstands sind Martina Pöser (@lunaloof) und Balaji Mohan (krishna@ppeu.net). ★

CC BY-SA PATRICK SCHIFFER AKA PAKKI

So

► Fortsetzung von Seite 9

Schülerautonomie

Zu einer autonomen Schule gehört untrennbar nicht nur die institutionelle Autonomie, sondern auch, dass die Schüler (beziehungsweise gesetzliche Vertreter) frei bestimmen können, welcher Institution sie sich für welchen Zeitraum anschließen. Schüler und Eltern müssen selbst kontrollieren können, ob die individuellen Lernvorstellungen, Lernziele, Lernfortschritte in der jeweiligen Institution erfüllt werden. Computergestützte Systeme können dabei helfen, aber auch regelmäßige Lernfortschrittsberichte und (Feedback-) Gespräche der Lehrkräfte mit Schülern und Eltern. Ob es sich dabei um Zeugnisse im herkömmlichen Sinne handelt, wird im Konzept festgelegt und bleibt jeder Einrichtung überlassen. Diese gemeinsame Zustandsbeschreibung leitet die Entscheidung über den weiteren Weg des Schülers.

Die Zugangsberechtigungen zu weiterführenden Bildungseinrichtungen wie Universitäten und Fachhochschulen sollten an eigenständigen Einrichtungen erworben, aber je nach Konzept an der Schule vorbereitet werden. Die Prüfungen finden extern statt. Hierzu später im vorgeschlagenen Konzept mehr zu einer neuen Schulstruktur.

Bildungsfreiheit durch freie Bildungsfinanzierung

Schulen und verwandte Bildungseinrichtungen könnten sich durch „Schülergeld“ und eigene Mittel des Schulträgers finanzieren. Bei Erreichen des Einschulungsalters wird für das Kind ein aus Steuermitteln finanziertes „Bildungskonto“ eingerichtet, von dem das Schülergeld in regelmäßigen Abständen an den jeweiligen Schulträger übertragen wird. Die Schule in Gestalt der jeweiligen Betriebsgesellschaft, etwa eine Kommune, ist berechtigt, frei Mittel einzuwerben. Die Zuwendungen dürfen nicht mit einem Einfluss auf die Personalhoheit oder die Lehrplanautonomie verknüpft werden.

Lehrplanautonomie

Die Inhalte des Lehrplans sollte die Schule ausschließlich selbst

bestimmen, wobei sie auf öffentlich zugängliche Pläne und Entwürfe zurückgreifen kann. Das heißt, jeder, der Vorschläge zu Lehrplänen, pädagogischen Methoden und ähnlichem hat, kann diese darstellen und kostenfrei zur Verfügung stellen. Die technischen Mittel dafür sind von der Kommune bereitzuhalten.

Da die Politik keine einzelnen Inhalte festlegt, formuliert sie in Zusammenarbeit mit Forschungsinstituten und Bildungskommissionen „Meta-Bildungsziele“. Meta-Bildungsziele beschäftigen sich nicht mit den Inhalten, sondern mit den Fähigkeiten, die es braucht, Inhalte zu akquirieren.

Von Politik und Verwaltung, also Ministerien, Schulbehörden, werden nur noch Meta-Ziele überprüft und für das Reporting verwendet, der Rest wird den Schulen oder den regionalen Bildungsgremien überlassen. So räumt die Politik den Schulen einen möglichst großen Freiraum ein, damit diese den pädagogischen Auftrag in selbstbestimmter Kompetenz und Verantwortung durchführen. Bezüglich des Lehrplans sind Schulen nur den Eltern und der unabhängigen regionalen Bildungskommission Rechenschaft schuldig, nicht aber staatlichen Stellen.

Ziel ist es, den Beteiligten am Lernprozess maximale Transparenz und Verantwortung für ihren Stoff zu geben und so Motivation, Involviertheit und Selbstständigkeit zu fördern.

Die Schule/Bildungseinrichtung ist berechtigt, das Konzept fortzuschreiben – erhebliche Änderungswünsche müssen das Freigabeverfahren über die regionale Bildungskommission durchlaufen.

Die Schulkonzepte sollten so aufgebaut sein, dass ein Übergang zu anderen Schultypen nach sechs beziehungsweise zehn Jahren möglich ist. Das gewährleistet den Wechsel von staatlich geführten und privaten Einrichtungen.

Budgetautonomie

Da sich bei einer Autonomie der Schulen die verschiedensten Konzepte entwickeln können, ist es auch notwendig, den Schulen die Budgethoheit zu übertragen.

Das bedeutet, anstelle von Lehrerstunden-Zuweisung soll die Schule selbst entscheiden, was am besten zu ihrem Konzept passt und was benötigt wird, den Unterricht dem Konzept und den freien Lehrplänen entsprechend zu gestalten.

Ursprung des Budgets ist jeder einzelne Schüler, der „sein“ Bildungsgeld an die Schule mitbringt. Das bedeutet: Je mehr Schüler und Eltern ein Konzept für tauglich halten, desto besser wird der Schulbetrieb finanziert. Wie viele Schüler, Lehrer, Psychologen, Sozialarbeiter für den Betrieb jeweils benötigt werden, hängt vom Konzept ab und muss schlüssig dargestellt sein. Bei ungenügendem Zuspruch kann die Schule nicht gegründet werden oder muss ihr Konzept schrittweise umsetzen, so dass mit weniger Mitteln begonnen wird. Das ermöglicht einen Wettbewerb der Ideen. Letztlich bedeutet das: Was von einer genügend großen Anzahl von Menschen nicht gewollt ist, kann nicht umgesetzt werden. Geld wird im eigenen Schulbetrieb durch eine Betriebsgesellschaft verwaltet. Gegebenfalls schließen sich mehrere Schulen zu einer Betriebsgemeinschaft zusammen. Wie das im Einzelnen aussehen soll, ist Bestandteil der jeweiligen Schulkonzepte. Eine genossenschaftliche Organisationsform liegt nahe.

Personalhoheit

Zur autonomen Schule gehört Personalhoheit. Die Schulen müssen die Chance haben, selbst zu entscheiden, wen sie einstellen und wen sie entlassen oder mit wem sie befristet auf freier Basis arbeiten wollen. Dabei entscheidet die Schulgemeinschaft (aller Beteiligten), ob diese Personalhoheit vom Direktor, vom Kollegium, von der Schülerschaft, den Eltern oder in einer paritätisch besetzten Konferenz ausgeübt wird, oder ob sie Experten beauftragen. Diese Freigabe der Führungsmethode soll den Beteiligten größtmögliche Gestaltungsfreiheit geben, dasjenige Modell zu finden, in dem die eigenen Ideen am besten umsetzbar sind. Es sollte niemand zur Selbstverwaltung gezwungen werden, der lieber einzelne



Personen beauftragen und auf Zeit berufen will.

Die Verbeamtung von Lehrern macht in einer solchen Struktur keinen Sinn. Daher müssten bereits verbeamtete Lehrkräfte so überführt werden, dass letztlich die jeweilige Schule, an der ein Lehrer unterrichtet, auch direkt deren Gehalt zahlt.

Ombudsstelle

Bei einem offenen System mit Diskussionsvielfalt werden Meinungskonflikte unvermeidbar sein. Daher müssten die regionalen Bildungskommissionen Ombudsstellen oder Mediationsstellen betreiben, um entspre-



chende Schlichtungsprozesse zu ermöglichen.

Die Volle Gesamtschule als Regelschule

Wir sind der Überzeugung, dass jeder Mensch ungeachtet seiner Herkunft die Fähigkeit besitzt zu lernen. Wir begreifen das Lernen allgemein als Veränderungsprozess infolge individueller Erfahrung.

Wegen dieser Fähigkeit können Menschen nicht nur schulische Bildung erwerben, sondern auch neue Menschen kennen lernen, sich in unbekannten Städten zu rechtfinden und sprechen. Daher gehen wir davon aus, dass

jeder Mensch bei individueller Förderung seinen bestmöglichen Abschluss erreichen kann. Ein Schulsystem muss so aufgebaut werden, dass genau diese Anforderung erfüllt wird und es bei gesundheitlichen Einschränkungen entsprechende Förderung gibt. Schule ist der gemeinsame Lebens- und Lernraum von Lehrern und Schülern und bedarf eines respektvollen, schülerorientierten Umgangs miteinander. Ein guter Lehrer, meint Hirnforscher Gerald Hüther, muss Kinder mögen und ein Mensch sein, dem man gerne zuhört, der mit seiner eigenen Begeisterung andere begeistert. Ein guter Lehrer begleitet seine Schüler auf einer Entdeckungsreise.

Die Lehrer, die mir als Schüler, Hochschuldozent oder Vater begegnet sind, erfüllen diese Forderung in einem so verschwindend geringen Maße, dass einem Angst und Bange werden kann. Was in der Schule geschieht, widerspricht (so Hüther) dem, was die Hirnforschung weiß. Hüthers Buch heißt: „Jedes Kind ist hochbegabt“. Die flächendeckende Abschaffung des 13. Schuljahres ist die jüngste Verfehlung der Bildungspolitik. Was inzwischen Realität ist, ist nicht mehr zu reformieren. Hüther sagt, wir brauchen eine Bildungsrevolution – dem kann ich mich nur anschließen. Daran sollte sich eine neue Schule orientieren.

Chancengerechtigkeit

Die Durchlässigkeit zwischen verschiedenen Schulen darf nicht zur Einbahnstraße nach unten werden, sondern muss sich den individuellen Lebensbedingungen der Lernenden anpassen. Aus diesem Grund wird von der klassischen Stufenstruktur abgewichen und mit dem Ziel der vollen Inklusion ein in sich verzahntes Schulsystem entwickelt werden. Eine Möglichkeit wäre das von den Piraten Nordrhein-Westfalen vorgestellte Konzept „Liquid Schooling“ (siehe Kompass 2012.2) und die Möglichkeit des individuellen Übergangs in „Lernräume“.

Als Regelschule schlagen wir die „Volle Gesamtschule“ (VGS) vor, beginnend mit dem 1. Schuljahr und regulär endend nach der 12. Jahrgangsstufe. Auf begründe-

ten formlosen Antrag hin könnte die Schulleitung den Übergang in die Abiturvorbereitung schon nach Klasse 11 bewilligen, für diejenigen, die heute das achtjährige Gymnasium (G8) befürworten. Es gilt die Maßgabe einer großzügigen Bewilligung, dem Schüler- beziehungsweise Elternwillen entsprechend, kann also nur begründet abgewiesen werden.

In der „Vollen Gesamtschule“ werden alle Schülerinnen und Schüler gemeinsam unterrichtet. Das Fördern und Fordern der individuellen Stärken und Schwächen wird durch binnendifferenzierten Unterricht umgesetzt. Die genaue Umsetzung wird in den jeweiligen Schulkonzepten formuliert. Um vor allem in den unteren Klassen und in ländlichen Gebieten lange Fahrzeiten zu verhindern, sollte nicht der gesamte Unterricht in einem örtlichen Schulkomplex stattfinden müssen.

Abitur ausgliedern

Die Abiturvorbereitung (Zulassung zum Studium) sollte aus den Schulen ausgegliedert und speziellen Einrichtungen übergeben werden. Die Abnahme der Prüfung erfolgt durch dafür zertifizierte Lehrkräfte, die aus den verschiedenen Schularten/Schultypen und aus dem Hochschulbereich kommen können. Die Zusammensetzung der Prüfungskommissionen obliegt der Landesschulbehörde in Zusammenarbeit mit den regionalen Bildungskommissionen. Wiederholungen des Vorbereitungsjahres und der Prüfung sollten möglich sein, um unterschiedliche Zugangsvoraussetzungen auszugleichen. Auf Antrag ist den Schülern ein Stipendium zu gewähren.

Finanzierung mit Bildungskonto der Schüler

Da Schule und Bildung eine Grundaufgabe der Gesellschaft ist, müssen die Mittel unabhängig vom Träger durch das Bundesland zur Verfügung gestellt werden. Daraus folgt eine grundsätzliche Schulgeld- und Lern- und Lehrmittelfreiheit. Den Schulträgern werden Budgets zur Verfügung gestellt, deren Basis ein Sockelbetrag

und Pro-Kopf-Satz je Schüler bildet (das oben beschriebene Bildungskonto). Die Aufteilung der Budgets im Innenverhältnis obliegt der Schulführung, die Gehälter des Personals werden schulintern vereinbart und orientieren sich an allgemeinen, vom Land mit Gewerkschaften ausgehandelten Tarifen.

Die Pro-Kopf-Finanzierung ermöglicht einen Wettbewerb zwischen den Schulen. Wer viele Schüler anzieht, hat mehr Mittel zur Verfügung. Der Sockelbetrag entspricht dem letztjährigen Budgetansatz abzüglich der Lehrereinkommen. Das ermöglicht bei „vorübergehendem“ Rückgang der Schülerzahlen einen Weiterbetrieb und ermöglicht in der Startphase auch den Betrieb einer Schule mit wachsenden Schülerzahlen. Bei Schulgründungen werden die ersten vier Jahre entsprechend der Budgets vergleichbarer Schulformen (basierend auf der zu erreichenden Schülerzahl) finanziert.

Übergang von Alt zu Neu

Bei Realisierung eines freien Schul- und Bildungswesens werden eine Zeit lang mehrere Systeme nebeneinander existieren. Dabei können schrittweise die Kompetenzen aus der Schulaufsichtsbehörde auf die regionalen Bildungskommissionen übertragen werden. Kommunale Schulträger gründen unabhängige Betriebsgesellschaften, die die bisherigen Aufgaben übernehmen. Die Kommunen übertragen die bisherigen Betriebsmittel auf die neuen Betriebsgesellschaften.

In der Übergangszeit können die Mittel des Bildungskontos aus den Mitteln des staatlichen Schulbudgets abgezogen oder umgewidmet werden. Staatliche Schulen werden nur noch aus jenen Steuermitteln finanziert, die von den Schülereltern anteilmäßig aufgebracht werden. Sie sollten schrittweise in freie Schulen umwandelt werden. Wir brauchen eine kreative, freie Jugend, die neue Ideen umsetzt und die Gesellschaft verändert. Schule braucht (basis-)demokratische Strukturen, denn sie ist das Lebensumfeld unserer Kinder und Jugendlichen. Sie bereitet auf das Leben vor. ■

Sie sind zwischen vier und zwölf Jahren alt und für uns meist namenlos. Sie berichten uns von unvorstellbarem Grauen, von Folter und Tod, von so unermesslicher Brutalität, dass sie für die Kinder keinen Namen haben darf. Die Hilfsorganisation „Save the Children“ veröffentlichte vor kurzem einen Bericht, der selbst den hartgesottensten Menschenrechtsaktivisten und Kriegsreportern in Syrien den Atem stocken lies: Es ist von Kindern die Rede, die als Schutzschilde missbraucht, schwer gefoltert und unter weiterer Folter dazu gezwungen werden, anderen Kindern bei deren Todeskampf zuzusehen. Kleinkinder, die von Scharfschützen ermordet, von den Schlächtern des Assad-Regimes mit Messern bei lebendigem Leib zerstückelt oder mit Knüppeln totgeschlagen werden. Es ist keine Seltenheit, dass nach Hausdurchsuchungen der Pro-Assad-Schabiha-Milizen Babys und Kleinkinder mit Kopfschüssen oder durchgeschnittenen Kehlen aufgefunden werden. Anschließend werden die Männer verschleppt und die Mütter, Schwestern und Brüder vergewaltigt. Die Väter tauchen oft nie wieder auf.

KRIEGSKINDER

Dass Kinder in Kriegen die eigentlichen Leidtragenden sind, ist nichts neues. Jedoch erreichen diese Berichte erstmals seit dem Ende des zweiten Weltkriegs ein neues Niveau der Brutalität und Unmenschlichkeit. Jegliche Barrieren menschlicher, kultureller und sozialer Konventionen scheinen in Syrien gefallen zu sein, und übertreffen möglicherweise, was wirklich bemerkenswert ist, sogar die Menschenrechtsverbrechen im Jugoslawien-Krieg.

Auf diesem Höhepunkt der Gewaltexzesse scheint eine Lösung des Konflikts ferner denn je. Während der Präsident des Iran, Ahmadinedschad, noch immer eine gütliche Einigung über „demokratische“ Neuwahlen propagiert, wird längst öffentlich von den westlichen Ländern eine militärische Operation dis-

Arabischer Winter

Das Regime Assad bekämpft das eigene Volk.
Darunter leiden am meisten die Kinder.



Die Silhouette Assads prangt auf einem Hochhaus über Amārah al Juwwānīyah, Damaskus

kutiert. Hinsichtlich dieser Entwicklungen ist es längst kein Geheimnis mehr, dass der Iran das syrische Militär logistisch und strategisch unterstützt. Höchstwahrscheinlich aber auch mit Waffen und Soldaten. So wurden kürzlich von der Freien Syrischen Armee Angehörige einer iranischen Eliteeinheit festgenommen, die sich als religiöse Pilger verkleidet hatten. Dass die westlichen Staaten nicht nur deshalb eine militärische Intervention scheuen wie der Teufel das Weihwasser, ist verständlich – sie befürchten einen Flächenbrand ungeahnten Ausmaßes, der nicht nur den Iran mit in den Krieg zieht, sondern auch bisherige Unterstützer des syrischen Regimes. Dazu zählt vor allem Russland. Warum Russland vor allem im UN-Sicherheitsrat so vehement auf der Seite der syrischen Staatsführung steht, wird nicht nur durch die enge Geschäftsbeziehung beider Länder verständlich, sondern auch durch die Tatsache, dass sich die einzige russische Militärbasis außerhalb des Landes in Syrien befindet. Hier stehen also nicht nur wirtschaftliche Gründe im Vordergrund, sondern auch geostrategische Erwägungen.

CHINA

Die zweite Nation, die das syrische Regime offen unterstützt, ist China. Hier sind die Fakten etwas anders, weitaus weniger offensichtlich. China kooperiert wirtschaftlich eng mit Syrien. Ob Unterstützung mit Waffen eine nennenswerte Rolle spielt, ist unbekannt und auch eher unwahrscheinlich. Es gibt Gründe dafür, warum China seine Unterstützung, zumindest die militärische Seite, nicht so offen zeigen könnte wie Russland. Also unterstützt es wenigstens finanziell. Dass die syrische Regierung mittlerweile aufgrund der zahlreichen gegen sie verhängten Sanktionen große finanzielle Probleme hat, ist bekannt. Was macht also ein Staat, der einen anderen finanziell unterstützen möchte, dies aber nicht vor den Augen der Weltöffentlichkeit so direkt tun kann? Die Antwort ist bedenklich simpel: Er kauft Staatsanleihen

des zu unterstützenden Staates auf. Massenhaft. So fließt genug Geld in die Kassen, um Waffen auf dem Schwarzmarkt zu kaufen. Davon gibt es mehr als genug. Die verhängten Sanktionen lassen sich relativ leicht umgehen. Dass dies problemlos funktioniert, bewies erst unlängst ein Leak vom **Hackerkollektiv** Anonymous, bei dem unzählige Privatmails von Assad veröffentlicht wurden. Dabei trat zu Tage, dass er über eine Scheinfirma im Ausland seine iPad-Lektüre bezog, da alles andere zu diesem Zeitpunkt bereits aufgrund der

es hilft, die syrische

greuel unterbunden werden. Diese müssen dann durch eine unabhängige Kommission vor dem Internationalen Gerichtshof in Den Haag überprüft werden. Ob dort irgendwann Assad stehen wird?

Hackerkollektiv

PROSPEKTIVEN

unverantwortlich. Freieheitskämpfer, die sich auch mit Waffengewalt wehren möchten, müssen diese Chance bekommen. Nur so kann man kurz- und mittelfristig wenigstens ein paar Massaker verhindern. Langfristig ist dies jedoch keine Lösung. Die einzige, und bei weitem effek-

Das Schlimmste für Außenstehende ist die Hilflosigkeit. Viele Hilfsorganisationen werden nicht ins Land hineingelassen oder gehen erst gar nicht hin, weil es viel zu gefährlich ist. In dieser ganzen Misere ist es schön zu hören, dass die Türkei syrische Flüchtlinge aufnimmt. Es ist geboten,



... und auf den Straßen die Soldaten.

Sanktionen gegen Syrien unmöglich war. Schwarzfirmen und Schwarzkonten funktionieren dagegen immer!

WER STOPPT ASSAD?

Aber von wem kann dann überhaupt Hilfe kommen? Hilfe, die die Kampfhandlungen, die Zerstörungen und das Morden stoppt? Eine militärische Intervention ist ein zu großes Risiko für alle Parteien. Die Verluste wären unkalkulierbar und eine Flächenbrandentwicklung, die den gesamten nahen und mittleren Osten mit in seinen Sog zieht, sogar wahrscheinlich. Auf den ersten Blick erscheint

die beste Lösung ist die Intervention von China und vor allem Russland und deren direkte Einflussnahme auf Assad selbst. Beide Staaten müssen dringend von ihren politischen Möglichkeiten Gebrauch machen. Es besteht die durchaus berechtigte Annahme, dass Assad auf sie hören würde. Jedoch wäre dieser Gang dann endgültig und könnte nur mit dem Machtverzicht und Exil Assads enden. Der Weg in ein neues Syrien wäre damit geebnet, müsste aber mit einer partiellen Amnestie für Alewiten und Sunniten einhergehen. Es müssen anschließende eigenverantwortliche Vergeltungsaktionen für die begangenen Kriegs-

dass dies die europäischen Länder jetzt schnellstens tun – allen voran Deutschland. Platz haben wir alle genug! Nur auf diesem Weg können wir zum jetzigen Zeitpunkt Menschenleben retten helfen. Ansonsten wird es vielleicht irgendwann keine Jugend mehr geben, die dieses Land wieder einen kann. „Einen“ im Sinne eines interreligiösen Dialogs, der eines Tages eine soziale Koexistenz der Religionen gewährleistet. Eine von Toleranz geprägte Koexistenz, die ein Beispiel für alle Religionen in der Diaspora sein könnte. ■

CC BY-SA TOBIAS RAFF



ERZÄHLUNG Diese Geschichte in Tagebuchform gibt die Erlebnisse eines Schülers im Jahre 2100 wieder, der sie in ein Buch aus Papier schreibt. In Kürze steht seine Implantation bevor. Dann hat er die Möglichkeit, vollständig ins Netz dieser Zeit zu gehen. Es ist eine geordnete Welt, in der alles gut ist, wie „das Lehrer“ es immer wieder betont. Alles dank „das Beschützer“, welches über die Bewohner wacht. Doch nun zeigen sich erste Brüche im System. Das Cyvis-Virus greift Implantate an.

Montag 8. März 2100 Heute morgen ist vorübergehend alles zusammengebrochen. Irgendjemand hat Cyvis in unser System eingeschleust. Auch die Implantierten leiden darunter. Meine Eltern haben sich komplett seltsam verhalten. Ich kann es nicht beschreiben.

Mittwoch 10. März 2100 Der Termin für meine Voruntersuchung am nächsten Tag wurde mir mitgeteilt. Damit beginnt für mich die Vorbereitungszeit auf das Implantat. Jetzt heißt es, diverse Untersuchungen und Tests durchzustehen.

Samstag 13. März 2100 Gestern hatte ein Mitschüler im Unterricht eine kritische Frage gestellt. Viel kritischer als jede Frage, die ich gestellt hatte. Alle Implantierten hatten ihre Aufmerksamkeit auf ihn konzentriert und ihn genau beobachtet. Heute war mein Mitschüler nicht im Unterricht.

Dienstag 16. März 2100 Je mehr ich darüber nachdachte, desto wahrscheinlicher finde ich es, dass die fehlende Generation nach Implantation der anderen getötet wurde. Aber warum war das notwendig? Welche Bedrohung stellten die Älteren da?

Donnerstag 18. März 2100 Heute sah ich einen Implantierten auf der Straße schreien. Ich vermute ... es ist eine Sofortbestrafung bei „Falschen Gedanken“!

Samstag 3. April 2100 Mein Leben ist inzwischen wie das Erwachen aus einem Traum in einem Alptraum. Ich verstehe nichts mehr. Alles scheint in Frage gestellt zu sein. Manchmal frage ich mich, ob es nicht einfacher wäre, alles über mich ergehen zu lassen. Wahrscheinlich würde ich diese Zeilen dann vergessen. Alles wäre soviel einfacher. Warum muss das bloß mir passieren?

Dienstag 6. April 2100 Heute lernte ich meinen Ausweg kennen. Seine Name war Jeffrey Butler. Er zog mich auf dem Nachhauseweg in eine Gasse. Ich war überrascht, wollte erst schreien. Aber seine Hand auf meinem Mund hinderte mich. Wie er auf mich aufmerksam wurde, sagte er nicht. Nur, dass er gegen die Überwachung kämpft. Ich soll morgen zu einer bestimmten Stelle kommen.

Mittwoch 7. April 2100 Ich erschien zu meiner ersten Unterrichtsstunde der Freiheit. Butler erzählte mir von der Zwangs-DNA-Registrierung im frühen 21. Jahrhundert. Einer der vielen Schritte zum Verlust der Freiheit. Jeder Mensch musste seine DNA offenbaren, einmal um angebliche Terroristen zu finden und auch, um den Versicherungen zu helfen, bestimmte Leistungen von vornherein auszuschließen.

Donnerstag 8. April 2100 Heute speulierten wir über eine Art Gruppenverstand. Einen, den sich alle Implantierten teilen könnten. Butler betonte, er sei nicht implantiert.

Sonntag 11. April 2100 Heute erfuhr ich in meinem Spezialunterricht mehr über die Vorratsdatenspeicherung. Diese verdächtigte nicht nur alle Menschen und kehrte damit die Unschuldsvermutung um. Ihr Hauptzweck war neben vielen anderen Maßnahmen: das Volk unter Kontrolle zu halten und besser auszubeuten.

Dienstag 13. April 2100 Was ich heute erfuhr ist ungeheuerlich, aber es erklärt auch alles. Das Beschützer ist ein Teil aller Implantierten. Die Rechenkapazitäten der Gehirne werden genutzt, um das Beschützer am Laufen zu halten.

Mittwoch 14. April 2100 Ich hatte mich mal gewundert, warum meine Eltern noch ein Kind bekommen dürfen. Nach dem heutigen Unterricht ist mir das klar. Als Gentech-Sklaven will das Beschützer natürlich nur Köpfe mit hoher Kapazität für die Implantate. Das ist auch der wahre Grund, warum wir erst mit 16 implantiert werden. Dann erreicht unser Gehirn durch das ständige Lernen eine genügend große Kapazität. Allerdings geht bei der Einverleibung einiges aus dem Verstand verloren. Vermutlich wurden auch meine Eltern nach Auswertung ihrer Gene zusammengeführt. Mit dem Ziel, bessere Gehirne zu erhalten.

Donnerstag 15. April 2100 Das Beschützer kommt mir wie ein Virus vor, das sich von Kopf zu Kopf ausbreitet. Als ich dies Butler gegenüber erwähnte, meinte er, dass ich sehr schnell verstehe.

Freitag 16. April 2100 Endlich erfuhr ich mehr über den Cyberweltkrieg. Die Freiheitskämpfer versuchten, sich gegen eine Überwachungswelt zu wehren.

Samstag 17. April 2100 Das unglückliche Zusammentreffen eines massiven Virenangriffs mit einem neuen Überwachungsprogramm ließ das Beschützer entstehen. Es hielt sich aber zuerst im Hintergrund und übernahm nur langsam die Kontrolle. Ließ immer mehr implantieren und dann schließlich den Rest auslöschen. Die verlorene Generation.

Sonntag 18. April 2100 Über Nacht hatte ich mir die fehlenden Teile zusammengepuzzelt. Als nicht implantierte war die verlorene Generation unter anderem auch wegen ihrer kleineren Gehirnkapazität ausgelöscht worden.

Dienstag 20. April 2100 Butler meinte, dass das Beschützer sich auch aus einem intelligenten

CC BY-NC-ND
(nach CC nie „-“)



Das Letzte